



**KOMPAKT-
FASSUNG**



**Leitlinien der SPD Hessen
für die Kommunalwahl 2016**

**STARKE STÄDTE UND
GEMEINDEN FÜR EIN
LEBENSWERTES HESSEN**

**HESSEN
SPD**

UNSER LEITBILD
DIE VORSORGENDE KOMMUNE 3

1. UNSERE POLITIK FÜR SCHULE UND BILDUNG
KEIN KIND ZURÜCKLASSEN 4

2. UNSERE POLITIK FÜR FRÜHKINDLICHE BILDUNG
UND BETREUUNG
OPTIMALE FÖRDERUNG FÜR ALLE KINDER
VON ANFANG AN 6

3. UNSERE POLITIK FÜR WIRTSCHAFT UND ARBEIT VOR ORT
CHANCEN ERGREIFEN UND BESCHÄFTIGUNG SICHERN 11

4. UNSERE SOZIALPOLITIK
SELBSTBESTIMMUNG FÖRDERN, LEBENSCHANCEN SCHAFFEN,
ZUSAMMENHALT STÄRKEN 16

5. UNSERE INTEGRATIONSPOLITIK
EINBINDUNG FÖRDERN UND
CHANGENGLEICHHEIT HERSTELLEN 19

6. UNSERE WOHNRAUMPOLITIK
GUTEN UND BEZAHLBAREN WOHNRAUM SCHAFFEN 22

7. UNSERE KINDER- UND JUGENDPOLITIK
KINDER UND JUGENDLICHE EINBEZIEHEN 23

8. UNSERE FRAUENPOLITIK
GLEICHBERECHTIGUNG UND CHANGENGLEICHHEIT 27

9. UNSERE SENIORENPOLITIK
POLITIK FÜR EIN AKTIVES ALTER 28

10. UNSERE POLITIK FÜR MOBILITÄT UND VERKEHR
FÜR EINE LEISTUNGSFÄHIGE INFRASTRUKTUR 30

11. UNSERE POLITIK FÜR ENERGIE, UMWELT
UND DASEINSFÜRSORGE
DEZENTRALE ENERGIEWENDE UND
WERTSCHÖPFUNG VOR ORT 31

12. KOMMUNEN IN DER EINEN WELT
KOMMUNEN WISSEN AM BESTEN,
WIE KOMMUNE FUNKTIONIERT 33

13. UNSERE POLITIK FÜR DEN LÄNDLICHEN RAUM
ZUKUNFT UND TRADITION VERBINDEN 34

14. UNSERE KULTURPOLITIK
KULTURPOLITIK STIFTET KOMMUNIKATION, IDENTITÄT
UND GEMEINSCHAFT 37

15. UNSERE POLITIK FÜR SPORT UND EHRENAMT
VEREINE UND PERSÖNLICHES ENGAGEMENT
UNTERSTÜTZEN 39

16. BÜRGERBETEILIGUNG UND PARTIZIPATION
MEHR MITSPRACHE ZWISCHEN DEN WAHLTERMINEN 41

17. UNSERE POLITIK FÜR SOLIDE KOMMUNALFINANZEN
VORSORGENDE STATT ABGEHÄNGTE KOMMUNEN 43

IMPRESSUM 46



UNSER LEITBILD DIE VORSORGENDE KOMMUNE

Unsere Kommunen sind Wohnort, Arbeitsplatz, Lebensmittelpunkt und Heimat zugleich. Aus sozialdemokratischer Sicht sind sie vor allem Gemeinschaft. Die Zukunft der dort ansässigen Menschen am kommunalen Leben liegt den kommunalpolitisch Aktiven der örtlichen SPD am Herzen. Das ist der Grund, weshalb die vielen ehrenamtlichen Mandatsträgerinnen und Mandatsträger der SPD vor Ort für eine starke und zukunftsfähige – für eine vorsorgende – Kommune eintreten und streiten.

Uns ist es wichtig, dass unsere Gemeinden, Städte und Landkreise für alle Einwohnerinnen und Einwohner lebens- und lebenswert bleiben.

Wir wollen Landkreise, Städte und Gemeinden, in denen

- alle Bürgerinnen und Bürger ihre Persönlichkeit in freier Selbstbestimmung entfalten können,
- alle Menschen, gleich ihrer Herkunft, ihres Alters, ihres Geschlechts oder ihres Einkommens, am sozialen und kulturellen Leben teilhaben,
- die einzelnen Menschen und die sozialen sowie kulturellen Gruppen gleichberechtigt und friedlich und solidarisch zusammenleben,
- allen Bürgerinnen und Bürgern attraktive Wohn-, Arbeits- und Freizeitmöglichkeiten, ein vielfältiges kulturelles Leben und ein lebenswertes Umfeld geboten werden,
- der Zugang öffentlichen Daseinsvorsorge für jede und jeden offensteht,
- die Bürgerinnen und Bürger auch zwischen den Wahlterminen direkte Demokratie aktiv mitgestalten.

In den kommunalpolitischen Leitlinien werden sozialdemokratische Schwerpunkte für die Jahre 2016 bis 2021 und auch darüber hinaus dargelegt. Für uns sind es die Menschen vor Ort, die es verdient haben, in einer Kommune zu leben, die sie gern als ihre Heimat mit hoher Lebensqualität bezeichnen. Daher gilt es, bei aller Notwendigkeit der Haushaltskonsolidierung, dennoch die bestehende kommunale Infrastruktur im Interesse unserer Kinder und Enkel zu erhalten und zugleich die Bürgerinnen und Bürger heute trotz der kommunalfeindlichen Vorgaben der Hessischen Landesregierung nicht über Gebühr zu belasten.

In den vorliegenden kommunalpolitischen Leitlinien werden mögliche Schwerpunkte der örtlichen Vorhaben für die Jahre 2016 bis 2021 und auch darüber hinaus dargelegt. Als Orientierung zum Kurs der SPD, der zusammen mit den Bürgerinnen und Bürgern begangen werden soll, dienen die örtlichen Wahlprogramme. Sie sollen Antworten auf die Fragen liefern, die jeder von uns in den unterschiedlichen Phasen des Lebens an sein Umfeld, an seine Gemeinschaft und Kommune gerichtet hat und richten wird. Ob Kinderbetreuung, örtliche Bildungspolitik und Schulausstattung. Ob Ausbildungs-, Berufs- oder Freizeitangebote vor Ort. Ob bezahlbarer Wohnraum für Singles und Familien. Ob zeitgemäße und damit zukunftsgerichtete Seniorenpolitik und Ehrenamtsförderung oder ob kommunaler Integrationsarbeit, Kultur- und Mobilitätspolitik: Als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wollen wir werte- und sachorientiert Antworten geben.

Nancy Faeser MdL
Generalsekretärin
der SPD Hessen

Burkhard Albers
Vorsitzender der
Sozialdemokratischen
Gemeinschaft für
Kommunalpolitik (SGK)
in Hessen e.V.

1. UNSERE POLITIK FÜR SCHULE UND BILDUNG KEIN KIND ZURÜCKLASSEN



Gute Bildung ist die wichtigste Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe und für eine eigenständige Lebensgestaltung. Sie legt die Grundlagen für Chancengleichheit, gute Arbeit sowie persönlichen und damit allgemeinen Wohlstand. Gute Bildung ist nicht nur ein Menschenrecht, sondern für Familien wie auch für Unternehmen ein bestimmender Standortfaktor.

Unser Ziel ist, jedem Kind eine möglichst breite Bildung mit auf den Lebensweg zu geben, um so allen jungen Menschen eine umfassende Entwicklung der eigenen Persönlichkeit und Fähigkeiten zu sichern. Wir dürfen kein Kind zurücklassen. Auch angesichts des demografischen Wandels und des Fachkräftemangels können wir es uns nicht

erlauben, auch nur einen jungen Menschen nicht hinreichend zu fördern.

Wir unterstützen die Weiterentwicklung unserer Schulen zu mehr Selbstständigkeit in Kooperation mit Schulträger und Standortkommunen.

INDIVIDUELLE LERNZEITEN UND LÄNGERES GEMEINSAMES LERNEN

Die Einführung des „Turbo-Abiturs“ G8 mittels einer Verdichtung des Lernstoffs der gymnasialen Mittelstufe war ein Fehler. Anstatt Gymnasien weiter in G8- und G9-Schulen aufzuteilen, wollen wir erreichen, dass Schülerinnen und Schüler an allen Schulen ihr eigenes Tempo finden können. So können sie selbst darüber entscheiden, ob sie den Weg zum Abitur verkürzen wollen. Eine weitere Zersplitterung unseres Schulsystems lehnen wir ab. Ein wichtiges Ziel unserer Schulentwicklung ist längeres gemeinsames Lernen anstelle einer frühen Aufteilung der Kinder in Haupt-, Real- und Gymnasialzweig und ein Höchstmaß an individueller Förderung.

KURZE BEINE, KURZE WEGE

Wir wollen, dass auch in Zukunft **alle Bildungsangebote** überall in Hessen **erreichbar** sind. Schulwege müssen von der Grundschule bis zur Oberstufe zumutbar bleiben. Vor dem Hintergrund zurückgehender Bevölkerungs- und Schülerzahlen hat für uns das Aufrechterhalten von ortsnahen öffentlichen Grundschulen oberste Priorität, solange es im Interesse der Kinder pädagogisch verantwortbar ist. Je kürzer die Beine, desto kürzer müssen die Schulwege sein. Bei zurückgehenden Schülerzahlen kann das durch Verbundschulen und Schulverbände und – insbesondere im Grundschulbereich – jahrgangsübergreifende Klassen ermöglicht werden. Dabei sind qualitative Standards zu wahren und auch die Lehrkräfteausbildung muss dem gerecht werden.

Wenn einzelne weiterführende Schulen in ihrem Bestand gefährdet sind, werden wir deren Weiterentwicklung zu integrierten Schulen prüfen, die mehrere Bildungsgänge unter einem Dach vereinbaren.

Schülerbeförderung muss kostenfrei bleiben. Gemeinsam mit den Verkehrsbetrieben werden wir Mindeststandards für das Alter und die Ausstattung von Bussen entwickeln.

ECHE GANZTAGSSCHULEN BEDARFSGERECHT AUSBAUEN

Wir wollen dort, wo die Schulgemeinden es wollen, unsere Schulen zu **echten Ganztagschulen weiterentwickeln**. In echten Ganztagschulen wird durch veränderte Unterrichtsmethoden und eine andere Zeittaktung der Unterrichtstag entspannt oder entzerrt. Indem sich Unterrichts- und Freizeitphasen abwechseln, entstehen neue Chancen für Vereine, sich mit ihren Angeboten in die Schule einzubringen. Echte Ganztagschulen leisten einen wichtigen Beitrag, den Bildungserfolg der Kinder von ihrer sozialen Herkunft zu entkoppeln, da dort alle Schülerinnen und Schüler die Förderung erhalten, die sie brauchen. Auch die Schule muss sich hierfür aktiv öffnen. Kommunen kennen die Angebote vor Ort. Ihnen kommt eine zentrale Vermittlungsfunktion zwischen Schule und außerschulischen Anbietern zu.

UNZUREICHENDER „PAKT FÜR DEN NACHMITTAG“ – NACHMITTAGSBETREUUNG SICHERSTELLEN

Ein Brennpunkt der bildungs- und familienpolitischen Entwicklung ist die äußerst prekäre Situation in der Schülerbetreuung. Echte Ganztagschulen sind ein wesentlicher **Beitrag zur Vereinbarkeit von Familie und Berufstätigkeit** der Eltern. Bis alle Schulen zu echten Ganztagschulen umgewandelt sind, werden wir weiterhin die Träger bei der Betreuung unterstützen und diesen

einen uneingeschränkten Zugang zum Schulgebäude ermöglichen.

Der von der schwarz-grünen Landesregierung angekündigte „Pakt für den Nachmittag“ ist unzureichend und genügt diesen Anforderungen nicht. Er setzt ausschließlich auf Betreuung, vergibt dadurch auf mittlere bis längere Sicht all die Entwicklungschancen, die nur durch pädagogisch durchstrukturierte, rhythmisierte Ganztagschulen realisiert werden können, er bürdet die Lasten zu erheblichen Teilen den Kommunen auf und er wird bei dem jetzt erkennbaren Umsetzungstempo selbst von dem Versprechen einer „Betreuungsgarantie“ weit entfernt bleiben.

SCHULSOZIALARBEIT DEM STEIGENDEN BEDARF ANPASSEN

Schule muss heute stärker Motivations- und Förderleistungen verwirklichen und verstärkt auch Erziehungsaufgaben übernehmen, um Kinder und Jugendliche bei ihrer Lebensgestaltung zu unterstützen. Wir setzen uns deshalb weiterhin für einen **Ausbau der Schulsozialarbeit** ein und fordern eine Drittelfinanzierung durch das Land, durch den Schulträger sowie durch die Kommune. Die Vernetzung mit Trägern der Sucht- und Jugendprävention zur Entwicklung und Umsetzung von Präventionsprogrammen – auch im Bereich der digitalen Medien – wird von uns unterstützt.

SCHULEN ALS RÄUME ZUM WOHLFÜHLEN GESTALTEN

Mit dem Ganztagsausbau werden Schulen immer mehr zum Lebensraum. Sie sollen ein Ort des Wohlfühlens sein. Deswegen muss ein **gesundes Mittagessen** angeboten werden. Neue Raumkonzepte, die dem ganztägigen Betrieb angepasst sind, müssen mit den Schulen entwickelt werden. Hierfür sind Mensen und Gemeinschafts-

räume wesentlich. Schülerinnen und Schüler sowie Lehrkräfte benötigen in Freiarbeitsphasen Arbeitsplätze. Wir werden zudem die notwendigen Sanierungen durchführen und Turnhallen, Toiletten, Klassenräume, Werkräume und Schulküchen modern ausstatten. Wir stehen zur Nutzung kommunaler Schwimmbäder, Bibliotheken und Freizeiteinrichtungen durch Schulen.

INKLUSION UND GERECHTER ZUGANG ZU BILDUNG

Unsere Kommunen werden reicher durch die Vielfalt aller Menschen, die hier leben. Wir wollen, dass niemand ausgeschlossen wird. Wir wollen Hindernisse abbauen, nicht nur in den Köpfen. Chancengleichheit und Bildungsgerechtigkeit müssen unabhängig von sozialer Herkunft, Muttersprache oder Behinderung gelten.

In unseren Kommunen vor Ort werden wir uns dafür einsetzen, dass möglichst **alle Kinder trotz Einschränkungen unsere Schulen besuchen können**. Dafür wollen wir an allen Schulen zum einen im Rahmen eines kommunalen Aktionsplans zur Umsetzung der Behindertenrechtskonvention der Vereinten Nationen bei allen Bautätigkeiten schrittweise Barrierefreiheit herstellen.

Wir werden zum anderen eine bedarfsgerechte Ausstattung der Schulen mit Sekretariats- und Hausmeisterstellen gewährleisten. Denn die inklusive Beschulung und der Ausbau zu Ganztagschulen bringen einen erhöhten Verwaltungsaufwand mit sich.

ZU WEITERBILDUNGEN UND LEBENS-BEGLEITENDEM LERNEN ERMUTIGEN

Bildung findet nicht nur in der Schule und nicht nur im Jugendalter statt. Weiterbildung und lebensbegleitendes Lernen sind im 21. Jahrhundert unverzichtbar. Von der Kindheit bis zum Alter müssen wir alle Menschen dabei



unterstützen, Veränderungen im beruflichen und gesellschaftlichen Leben zu erkennen, aktiv daran mitzuwirken und sich entsprechend einzubringen.

2. UNSERE POLITIK FÜR FRÜHKINDLICHE BILDUNG UND BETREUUNG OPTIMALE FÖRDERUNG FÜR ALLE KINDER VON ANFANG AN

Kindertagesstätten sind längst mehr als nur Betreuungseinrichtungen für Kinder. Kitas sind für uns echte

Bildungseinrichtungen und müssen dahingehend konsequent weiterentwickelt werden. Hier werden Grundlagen gelegt – in der Ausbildung einer eigenständigen Persönlichkeit, im Spracherwerb, in der aktiven Wahrnehmung und im kreativen Umgang mit der Umwelt, im sozialen Verhalten in der Gruppe und in der Ausbildung von motorischen Fähigkeiten.

Grundschulen und Kindertagesstätten arbeiten heute zusammen, sie öffnen sich, um gemeinsam mehr für Kinder und Jugendliche zu erreichen. Wir wollen diese Öffnung im Sinne des hessischen Bildungs- und Erziehungsplans weiter unterstützen und ausbauen, damit diese Einrichtungen Bildungs- und Familienzentren werden. Dort sollen die Familien und alle Angebote für die Familie Räume der Entwicklung, der Begegnung und der gemeinsamen Fortentwicklung haben.

OPTIMALE FÖRDERUNG – INDIVIDUELL AUSGERICHTET

Ziel aller frühkindlichen, elementaren Pädagogik ist die optimale individuelle Förderung aller Kinder von Anfang an. **Im Mittelpunkt steht dabei das einzelne Kind** mit seinem Bedürfnis nach Bindung und Geborgenheit, seiner Freude am Spielen und am Lernen, seinem Wunsch nach Gemeinsamkeit und Freundschaft. Kinderbetreuungseinrichtungen sind Orte kindlichen Lebens, nicht ausschließlich Orte, an denen auf „das Leben“ vorbereitet wird.

KEIN SPAREN AN FRÜHKINDLICHER BILDUNG UND BETREUUNG

Optimale Förderung setzt voraus, dass die individuellen Stärken und Bedürfnisse und der konkrete familiäre und soziale Hintergrund des Kindes beachtet werden. **Vorhandene Fähigkeiten werden verstärkt** und weiterentwickelt, individuelle Beeinträchtigungen früh erkannt und **Fehlentwicklungen vermieden**,

soziale Benachteiligungen ausgeglichen. Individuelle Förderung leistet so einen herausragenden Beitrag zur Chancengerechtigkeit durch Bildung. Wir wollen sicherstellen, dass jedes Kind unter sechs Jahren einen Rechtsanspruch auf individuelle ganztägige Förderung und Betreuung hat.

Investitionen in frühkindliche Betreuung, Erziehung und Bildung lohnen sich sowohl in der Perspektive auf das einzelne Kind als auch in gesamtgesellschaftlicher Perspektive. Die Bildungsrendite ist bei der frühkindlichen Bildung um ein Mehrfaches höher als in anderen Bereichen der Bildungsinvestitionen. Das gilt sowohl im Hinblick auf die sozialpolitisch wünschenswerte Vermeidung der – in der Regel um ein Mehrfaches höheren – Folgekosten von Bildungsvernachlässigung als auch im Hinblick auf die wirtschafts- und arbeitsmarktpolitisch unabdingbare Mobilisierung aller Begabungs- und Qualifikationsreserven.

Ziel einer aktiven Politik im Bereich der frühkindlichen Förderung ist aber auch die **Entlastung von Familien** bei der Kinderbetreuung und die bessere Vereinbarkeit von Erwerbstätigkeit und Kindererziehung. Auch insofern leistet ein gut ausgebautes und qualitativ hochwertiges Angebot frühkindlicher Pädagogik einen wesentlichen Beitrag zu einer der sozialen Gerechtigkeit und der Geschlechtergerechtigkeit verpflichteten Familienpolitik. Dieses Angebot ist gleichzeitig auch unter wirtschafts- und arbeitsmarktpolitischen Gesichtspunkten von erheblicher Bedeutung.

PLURALISMUS DURCH TRÄGERVIELFALT UND SUBSIDIARITÄT

Das Zusammenwirken öffentlicher und freier Träger garantiert **Wahlfreiheit** für die Eltern und trägt durch Wettbewerben um die besten Lösungen zur kontinuierlichen pädagogischen Weiterentwicklung der frühkindlichen Bildung bei.

UNSER ZIEL: DIE OPTIMALE ENTFALTUNG DER KOGNITIVEN, EMOTIONALEN UND SOZIALEN KOMPETENZEN ALLER KINDER

Unsere Kinder sollen sich individuell und gemeinsam mit anderen die Welt mit ihren reichen Möglichkeiten erschließen und ihr Leben in Freiheit und Verantwortung für sich selbst und für andere gestalten können. Wir wollen eine Erziehung, die unterschiedliche kulturelle Hintergründe, Traditionen und Gewohnheiten ebenso berücksichtigt wie die unterschiedlichen Perspektiven von Jungen und Mädchen.

INKLUSION VON ANFANG AN

Kinder mit körperlichen, geistigen oder seelischen Behinderungen sollen gemeinsam mit allen anderen Kindern gefördert und betreut werden. Den **Rechtsanspruch behinderter Kinder** auf Inklusion gemäß der Behindertenrechtskonvention der Vereinten Nationen wollen wir im gesamten Bereich der frühkindlichen Förderung garantieren.

STABILE BINDUNGEN

Gerade für Kleinkinder ist die Möglichkeit zur Entwicklung früher Bindungen auch in Einrichtungen elementar. Stabile Beziehungen zwischen Kind und pädagogischen Fachkräften sind eine Grundvoraussetzung für das Entstehen von Vertrauen und emotionalen Bindungen. Voraussetzung für das Entstehen solcher Beziehungen und Bindungen sind **kleine Gruppen mit gut ausgebildeten Fachkräften** und hoher personeller Kontinuität.

GANZTÄGIGE FÖRDERANGEBOTE SCHAFFEN

Ganztägige Angebote bieten sowohl optimale Chancen für die pädagogische Arbeit in den Einrichtungen und Maßnahmen **als auch für stabile Betreuungsszenarien**

im Interesse der Eltern. Ob eine hohe Betreuungs- und Förderqualität durch kontinuierliche pädagogische Beziehungen eher in altersgruppenübergreifenden Angeboten oder im Rahmen einer Aufteilung in altersstufenbezogene Krippen- und Kindergartengruppen erreicht werden kann, muss – auf der Basis gleicher personeller Ressourcen – vor Ort in den Einrichtungen im Dialog zwischen Trägern, Personal und Elternschaft entschieden werden.

ELTERN UNTERSTÜTZEN, BERATEN UND EINBEZIEHEN

Auf die Einbeziehung der Eltern in die Arbeit der Einrichtungen der frühkindlichen Bildung, ihre Einbettung in das umgebende Gemeinwesen sowie in das Beratungs- und Hilfesystem vor Ort wollen wir stärkeres Gewicht legen. Erziehungsrechte und -pflichten der Eltern enden nicht, wenn das Kind in eine Einrichtung oder Maßnahme der frühkindlichen Bildung eintritt.

Die Fachkräfte der Einrichtungen bzw. der Tagespflege **unterstützen die Eltern bei der Erziehung und Betreuung der Kinder.** Regelmäßige Gespräche über den Entwicklungsstand des Kindes gehören zum Aufgabenbereich der pädagogischen Fachkräfte, denen dafür auch die entsprechende Zeit zur Verfügung stehen muss. Bei auftretenden Problemen müssen Ursachen und Lösungsmöglichkeiten vom pädagogischen Personal mit den Eltern erörtert werden.

KITAS ZU FAMILIENZENTREN WEITERENTWICKELN

Die Weiterentwicklung von Kindertagesstätten zu Familienzentren, in denen neben der Betreuung, Erziehung und Bildung der Kinder auch **Treffpunkte, Kommunikations- und Beratungsangebote für Eltern und Familienangehörige** sowie für Menschen aller Altersgruppen im Stadtteil gemacht werden, ist eine wichtige

Aufgabe. Die Förderung der Erziehungskompetenz der Eltern und der besondere Schutz der Kinder muss durch ein flächendeckendes, möglichst stadtteil- oder sozialraumbezogenes Informations-, Beratungs- und Hilfean-



gebot sichergestellt werden. Ehrenamtliche Mitarbeit von Eltern, Vereinen und Stadtteilinitiativen ergänzen die professionelle pädagogische Arbeit.

DIE LANDESREGIERUNG NICHT AUS DER FINANZIERUNGSVERANTWORTUNG ENTLASSEN

Gegenüber der schwarz-grünen Landesregierung werden wir uns dafür einsetzen, dass das Land Hessen seiner Verantwortung für Qualität in der frühkindlichen Bildung durch eine entsprechende Förderung gerecht wird, um die **finanziellen Belastungen für Eltern möglichst gering zu halten.** Insbesondere sind die durch das KiföG entstehenden Belastungen zu kompensieren, die Umsetzung der Behindertenrechtskonvention der Vereinten Nationen zu finanzieren und für Kitas in Quartieren mit besonderen sozialen Problemlagen ein erhöhter Personalschlüssel anzuerkennen.

VERLÄSSLICHE UND FLEXIBLE GANZTAGSBETREUUNG IM INTERESSE VON ELTERN UND KIND

Betreuungsqualität für Eltern und Kinder entsteht dadurch, dass die Kindertageseinrichtung der Zukunft grundsätzlich eine Ganztagsbetreuung mit einem gesunden Frühstück und einer hochwertigen Mittagsverpflegung anbietet sowie durch flexible, gleichzeitig aber verlässliche bedarfsorientierte Öffnungszeiten von Einrichtungen. Die tiefgreifenden Veränderungen in der Arbeitswelt werden in zunehmendem Maße auch ungewöhnliche Betreuungszeiten (in den Abendstunden, an Wochenenden, in den Ferien) erforderlich machen. Gleichzeitig müssen **Netzwerke für Ausfallzeiten** sowohl auf der Seite der Eltern als auch der Einrichtungen entwickelt werden.

TAGESPFLEGE – EIN WICHTIGER BAUSTEIN DES FÖRDERSYSTEMS

Kindertagespflege ist ein Angebot, das sich vorwiegend an Kinder unter zwei Jahren richtet. Betreuung, Erziehung und Bildung finden hier in einer familienähnlichen Situation statt. Tagespflege ist zu einem unverzichtbaren und immer stärker professionalisierten Baustein in der frühkindlichen Förderung geworden. Zur Sicherung und Weiterentwicklung eines hohen professionellen Standards müssen Land und Kommunen deshalb mit den Tagespflegepersonen und ihren Verbänden eng zusammenarbeiten.

Wir wollen, dass die **Qualifikationsstandards in der Tagespflege** in Hessen **anhoben** werden, um den gestiegenen Anforderungen an die frühkindliche Förderung auch in diesem Angebotssegment zuverlässig Rechnung zu tragen. Es sollten nicht mehr als fünf Kinder gleichzeitig in einer Tagespflegestelle betreut werden. Arbeiten zwei Tagespflegekräfte zusammen, sollen bis zu acht Kinder betreut werden dürfen. Das Platzangebot

muss ausreichend groß sein und Spiel- und Rückzugsmöglichkeiten bieten.

Wir unterstützen die Kooperation der Kindertagespflege mit den Kindertageseinrichtungen durch den Fachdienst der örtlichen Jugendämter, z.B. durch ständigen Informationsaustausch, gemeinsame Fortbildungen, gemeinsame Modellprojekte etc.

Sprachförderung (inklusive der Förderung von Mehrsprachigkeit), musisch-kreative Angebote und Bewegungsangebote, Gesundheitsprophylaxe und gesunde Ernährung etc. werden von Eltern mehr oder weniger selbstverständlich und auf hohem Niveau erwartet. Gleichzeitig erwarten gerade Eltern zu Recht eine qualifizierte Rückmeldung über die Entwicklung ihrer Kinder.



SCHLÜSSEL ZUM ERFOLG: AUSREICHENDE, GUT QUALIFIZIERTE UND MOTIVIERTE FACHKRÄFTE

Die Anforderungen an die Arbeit in den Kindertagesstätten wachsen mit der gesellschaftlichen Entwicklung. Immer mehr Kinder kommen immer früher in die Einrichtungen oder in die Tagespflege. Die familiären Verhältnisse der Kinder werden immer heterogener, das gilt auch für den soziokulturellen Hintergrund.

Der Schutz der Kinder vor Vernachlässigung, Gewalt und körperlichem sowie seelischem Missbrauch ist eine gesetzliche Verpflichtung, die hohe Anforderungen an die Diagnostik hat und Wissen um Hilfsangebote voraussetzt.

Land, Kommunen und freie Träger müssen deshalb alle Möglichkeiten der Qualitätssteigerung der Ausbildung im Einzelfall und des durchschnittlichen Qualifikationsniveaus insgesamt nutzen. Dabei sind unterschiedliche Qualifikationen in multiprofessionellen Teams gefragt. Die Zugänge zur Arbeit als Fachkraft in Einrichtungen können und müssen vielfältiger werden. Die fachlichen Voraussetzungen müssen auf den unterschiedlichen Zugangswegen geschaffen werden, um das Qualifikationsniveau insgesamt zu steigern und die Basis der verschiedenen Qualifikationen zu verbreitern.

Im Zusammenwirken von Land, Trägern und Gewerkschaften muss die **tarifliche Entlohnung der Fachkräfte so geregelt werden, dass auch unter diesem Aspekt der Beruf eines Erziehers/einer Erzieherin attraktiv ist.**

3. UNSERE POLITIK FÜR WIRTSCHAFT UND ARBEIT VOR ORT CHANCEN ERGREIFEN UND BESCHÄFTIGUNG SICHERN

Qualifizierte und hoch motivierte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer schaffen die Voraussetzungen für Wachstum, Wohlstand und wirtschaftliche Erneuerung in unseren Kommunen. Leider bleibt Hessen seit einigen Jahren im Vergleich mit anderen Bundesländern und europäischen Metropolregionen deutlich hinter seinem Potenzial zurück. Dies wollen wir ändern.

Wir werden im Dialog mit den Arbeitnehmern und Arbeitgebern aus Industrie, Dienstleistung, Handwerk sowie Unternehmensverbänden und Gewerkschaften für **gute Bedingungen für Unternehmen zur Schaffung guter und sicherer Arbeitsplätze sorgen.** Unser arbeitsmarktpolitisches Ziel besteht darin, dass alle Bürgerinnen und Bürger in jeder Lebenssituation ein Angebot für Qualifizierung, Förderung und existenzsichernde Arbeit erhalten. Wir setzen dabei auf Hilfe zur Selbsthilfe, positive Anreize und die Ermöglichung von Teilhabe für alle Bürgerinnen und Bürger.

Grundsätze unserer kommunalen Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik sind es,

- die **regionalen Entwicklungschancen zu nutzen** und die wirtschaftlichen Schwerpunkte auch langfristig weiter auszubauen,

- die **Entwicklung bestehender Unternehmen** in den Kommunen zu fördern,
- in allen hessischen Regionen **Gründungen** von Unternehmen **zu erleichtern,**
- bei allen politischen Entscheidungen das **Beschäftigungsziel** zu berücksichtigen,
- dem drohenden Abbau von Arbeitsplätzen frühzeitig entgegenzuwirken und die Schaffung zukunftsfähiger Arbeitsplätze durch aktive Wirtschaftsförderung, insbesondere **innovativer Unternehmen und Branchen** zu **unterstützen,**
- die Möglichkeiten der Ausbildung und gezielte **Weiterqualifikation** für Arbeitsuchende und Beschäftigte zu **verbessern,**
- sozial notwendige und gesellschaftlich **sinnvolle Beschäftigungsmaßnahmen** und -projekte zu initiieren und **durchzuführen,**
- Frauen und Männern die **gleichen Chancen** beim Arbeitsmarktzugang zu **gewährleisten** bzw.
- den Benachteiligten eine besondere **Unterstützung** zuteil werden zu lassen.

LOKALE UNTERNEHMEN UNTERSTÜTZEN UND INNOVATION FÖRDERN

In kleinen und mittelständischen Unternehmen arbeiten rund zwei Drittel der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Hessen. Im Mittelpunkt sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik auf kommunaler Ebene stehen deshalb die kleinen und mittelständischen Unternehmen sowie die Unterstützung von Existenzgründungen. Die Bestandspflege und Bestandsentwicklung einschließlich der **Unterstützung bei der Sicherung der Unterneh-**

mensnachfolge bilden dabei die Basis der Wirtschafts- und Innovationsförderung sowie der Entwicklung von Kooperationen. Leistungen der Verwaltung aus einer Hand („one-stop-agency“), Hilfen beim Standort- und Unternehmensmarketing und die Förderung von Standortgemeinschaften (z.B. Gewerbehöfe, Gründerzentren mit aktiver Begleitung der jungen Unternehmen) sind Beispiele fortschrittlicher Wirtschaftsförderung. Wir unterstützen den Technologietransfer zwischen Hochschulen, Forschungseinrichtungen und Betrieben und wollen Förderberatung und Unterstützungen für Gründerinnen und Gründer fortentwickeln.

CHANCEN DER DIGITALISIERUNG NUTZEN

Die Digitalisierung eröffnet Wachstumschancen für den Mittelstand in Hessen. Ein besonders ärgerliches Wachstumshemmnis für kleine und mittelständische Unternehmen (KMU) ist die immer noch gravierende schlechte **Versorgung mit leistungsstarken Internetanschlüssen in ländlichen Regionen**. Unter anderem in Nordhessen ist dies weiterhin ein großes Problem. Die durchschnittliche Übertragungsrate liegt dort häufig unter 10 Megabit pro Sekunde. Für anspruchsvolle digitale Anwendungen werden jedoch mindestens 50 Megabit pro Sekunde benötigt. Zahlreiche KMU in unterversorgten Regionen stehen schon heute vor existenziellen Problemen. Denn kein schnelles Internet heißt: kein Cloud-Computing, kein Einsatz von 3D-Druckern, kein Anschluss an die Industrie 4.0. Einzelne Landkreise und Kommunen sind dazu übergegangen, die Breitbandverkabelung in Eigenregie und mit eigenen Investitionen voranzutreiben. Diese Form der kommunalen Selbsthilfe muss stärker durch Land und Bund unterstützt werden, um auch finanzschwachen Kommunen und Kreisen den Ausbau zu ermöglichen.

Zusammenarbeit und die Vernetzung in den Regionen unseres Landes stärken den Wirtschaftsstandort. Die regionale Strukturpolitik, die Konzentration auf Leitmärkte und regionale Zukunftsfelder und die Förderung von

gemeinsamen Initiativen der Wirtschaft, der Arbeitgeber und Arbeitnehmer, der Unternehmensverbände und Gewerkschaften sind ein Markenzeichen zukunftsorientierter Wirtschaftsförderung.

ÜBERREGIONALE WIRTSCHAFTSPOLITIK

Wir unterstützen die verstärkte Kooperation zwischen den Unternehmen durch die **Förderung von lokalen und regionalen Netzwerken**. Hierzu zählen gute Verkehrsverbindungen ebenso wie der weitere Ausbau des Breitbandinternets und die Förderung von interkommunalen Gewerbe- und Industriegebieten sowie von interkommunalen Wirtschaftsförderungsgesellschaften.

Wir nutzen alle Möglichkeiten für ein innovatives Stadt- und Regionalmarketing. Wir engagieren uns beim Aufbau regionaler Netzwerke aus Unternehmen, Forschung und Politik durch eine regionale Cluster-Strategie und -Förderung und setzen uns für die intelligente und zukunftsfähige Vernetzung verschiedener Akteure in Wissenschaft, Wirtschaft, Gesellschaft und Politik zur Stärkung der Innovationsfähigkeit unserer Industrie- und Forschungsstandorte ein.

VOR-ORT-FINANZIERUNG FÜR MITTELSTAND UND UNTERNEHMENSGRÜNDUNGEN

Viele kleine und mittelständische Unternehmen leiden an einem unzureichenden Zugang sowohl zu technologischen Innovationen als auch zu Finanzmitteln für Investitionen. Bei der Beschaffung ausreichender Finanzmittel sind die Volks- und Genossenschaftsbanken und die öffentlichen Sparkassen in Kooperation mit den Förderbanken besonders wichtige Partner für kleine und mittelständische Unternehmen. Wir setzen uns deshalb für eine starke Rolle der lokal und regional verwurzelten Bankengruppen und für eine bewusst mittelstandsfreundliche Geschäftspolitik ein.



Wir setzen uns insbesondere für ein **besseres Angebot an Venture-Capital** ein, um innovative Geschäftsmodelle und neue Arbeitsplätze in investitionsstarken Segmenten zu ermöglichen. Hier bedarf es des Ausbaus der Angebote mit einer Risikoübernahme und managementunterstützenden Angeboten, gerade in den frühen und den Wachstumsphasen. Eine Integration von privatem und öffentlichem Engagement kann hierbei dienlich sein. Die kürzlich erfolgte Lockerung der Beihilferregeln durch die EU-Kommission eröffnet außerdem neue Spielräume für mehr Engagement der öffentlichen Beteiligungsgesellschaften.

Aber auch in Tätigkeiten mit geringeren Startinvestitionen bedarf es des Ausbaus der Angebote. So kann der Ausbau der Angebote an Mikrokrediten den Einstieg in die Selbstständigkeit erleichtern.

Ergänzende Angebote wie **Bürgerdarlehen und Crowdfunding** können die klassischen Finanzierungswege für Unternehmen wie Kommunen ergänzen. Förderbanken können hier eine Katalysatorfunktion übernehmen.

KOMMUNALE WIRTSCHAFTSTÄTIGKEIT MIT LOKALER WIRTSCHAFT ÖKONOMISCH SINNVOLL VERKNÜPFEN

Neben den privaten Akteuren nehmen auch die **Kommunen** selbst **als Arbeitgeber und große Investoren** eine wichtige Rolle im Wirtschaftsgeschehen ein. Im fairen partnerschaftlichen Einvernehmen mit den örtlichen Unternehmen – z.B. durch Beiräte unter Beteiligung von Wirtschaftsverbänden und Gewerkschaften – wollen wir die Schnittstelle „öffentliche Daseinsvorsorge“ gemeinsam definieren und dadurch festlegen, wo die Kommunen als Auftraggeber und Investoren auftreten und wo sie als Arbeitgeber dauerhaft zusätzliche Arbeitsplätze generieren können und sollen. So ist zum Beispiel gerade die Nachfrage nach sozialen Dienstleistungen oder Beratungsangeboten in der Bevölkerung sehr groß. Durch öffentliche Aufträge, die auch durch private Unternehmen ausgeführt werden können, können hier gleichzeitig zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen und zudem die Interessen der Bevölkerung abgedeckt werden.

Die aktuelle Novelle der HGO ermöglicht zwar die wirtschaftliche Betätigung der Kommunen auf dem Markt der (erneuerbaren) Energieerzeugung, drängt die Kommunen aber noch immer aus zu vielen Feldern zurück, in denen die Privatwirtschaft keine dauerhaften Strukturen zur notwendigen Daseinsvorsorge für alle Bürgerinnen und Bürger vorhält. Wir setzen uns daher auf Landesebene für eine Reform des §121 HGO ein, um **kommunaler wirtschaftlicher Betätigung** dort mehr **Gestaltungsspielräume** zu **eröffnen**, wo im Einvernehmen mit der örtlichen Wirtschaft keine Verdrängungsgefahr gegenüber privaten Unternehmen besteht.

FAIRPLAY BEI DER AUFTRAGSVERGABE

Gerade kleinere und mittlere Betriebe sehen sich in einer besonderen Verantwortung für ihre Beschäftigten, aber auch für die Region, in der sie ansässig sind. Ihre

Existenz ist für das Wohl eines Landes unverzichtbar. Sie müssen in die Lage versetzt werden, wieder ihre Stärken unter Beweis zu stellen. Der Wettbewerb um Aufträge wird allerdings häufig von den Betrieben entschieden, die ihre Angebote auf der Grundlage von Lohndumping und unkontrollierten Subunternehmern abgeben. Wir wollen deshalb, dass Kommunen und kommunale Unternehmen **Aufträge zukünftig nur noch an solche Unternehmen vergeben, die ihre Beschäftigten nach den geltenden Tarifverträgen entlohnen.** Damit treten wir Lohn- und Sozialdumping bei öffentlichen Aufträgen entgegen und sorgen für faire Wettbewerbsbedingungen für alle Unternehmen.

DIENSTLEISTUNGS- UND EINKAUFS-MÖGLICHKEITEN IN DEN ORTSKERNEN ERHALTEN

Sozialdemokratische kommunale Wirtschaftspolitik ist an den Bedürfnissen der Einwohnerinnen und Einwohner als Arbeitgeber und Arbeitnehmer, aber auch als Konsumenten ausgerichtet. Sie setzt sich daher dafür ein, dass die enge Verbindung zwischen örtlicher Entwicklung und **Erhalt eines breiten Einzelhandels- und Dienstleistungsangebots vor Ort** gestärkt wird. Die Ausweisung von Neubaugebieten/Gewerbegebieten „auf der grünen Wiese“ darf nicht dazu führen, dass die Städte bzw. Ortskerne veröden. Hier verfolgen wir den Ansatz, Neuentwicklung und Stärkung des Bestands miteinander in Einklang zu bringen und die Kaufkraft vor Ort zu halten. Außerdem soll wenn möglich auch innerörtlich Verdichtung angestrebt werden.

MIT GESTÄRKTEN KOMMUNALFINANZEN DEN INVESTITIONSTAU AUFLÖSEN

Ein zentraler Faktor für die ökonomische Entwicklung vor Ort ist eine ihren vielfältigen Aufgaben angemessene Finanzierung der Kommunen durch das Land. Ein



Abbau des Investitionsstaus und ein **bedarfsgerechter Ausbau der öffentlichen Infrastruktur** setzen wirksame Impulse für die regionale Wirtschaft. Deshalb werden sich die sozialdemokratischen Verantwortungsträger in Städten, Kreisen und Gemeinden in den kommenden Jahren intensiv dafür einsetzen, dass einerseits der kommunale Investitionsstau aufgelöst wird und andererseits das Land seiner Verpflichtung einer angemessenen Finanzierung der Kommunen wieder nachkommt.

BESCHÄFTIGUNG FÖRDERN UND DEM FACHKRÄFTEMANGEL BEGEGNEN

Unser hessischer Arbeitsmarkt steht durch den demografischen Wandel vor einem deutlichen Einschnitt: Bei einer unveränderten Erwerbsbeteiligung von circa 70 Prozent ist von einer Reduzierung des Arbeitskräfteangebots um 300.000 bis 400.000 Personen bis 2030 auszugehen. Einige Regionen Hessens sind besonders stark betroffen.

Gelingt es nicht, einen **Ausgleich für die zurückgehende Zahl an Fachkräften zu schaffen**, sind erhebliche Wertschöpfungsverluste sowie steigende Lohnnebenkosten unvermeidlich.

Gleichzeitig gibt es viele Menschen in unterschiedlichsten gesellschaftlichen Gruppen, die gern stärker am Arbeitsmarkt partizipieren würden, wenn die Rahmenbedingungen es ihnen denn ermöglichen würden – etwa Eltern, insbesondere Frauen mit kleinen Kindern, ältere Arbeitnehmerinnen und -nehmer, Flüchtlinge und Migrantinnen/Migranten, jugendliche Bildungsabbrecherinnen/-abbrecher oder Menschen mit Behinderung. Sie haben ein Anrecht auf Unterstützung durch unsere Kommunen, um im Erwerbsleben besser Fuß fassen zu können.

JOB UND FAMILIE FÜR BEIDE ELTERN VEREINBAR MACHEN

Noch immer sind vier von fünf Teilzeitbeschäftigten in Hessen weiblich. Gleichzeitig **würden viele Frauen gerne ihre Arbeitszeit ausweiten**, sehen aber aufgrund familiärer Verpflichtungen und mangels familienvereinbarer Stellenangebote keine Möglichkeit dazu. Für die SPD hat deshalb die Schaffung eines bedarfsdeckenden Angebots an ganztägigen und bezahlbaren Betreuungsangeboten vom ersten Lebensjahr an, ein ausreichendes Angebot an gut erreichbaren echten Ganztagschulen und eine flexible Unterstützung bei familiärem Pflegebedarf oberste Priorität. Eltern wollen wir auch bei der Rückkehr in den Job nach einer familienbedingten Unterbrechung unterstützen.

DEN ÜBERGANG VON SCHULE UND BERUF OPTIMIEREN

Jährlich beginnen rund 17.000 Jugendliche in Hessen nach der Schule weder eine Ausbildung noch ein Studium, sondern finden sich in sogenannten „Übergangssystemen“ wieder. Die hessische SPD will deshalb **allen Jugendlichen ein Recht auf Qualifizierung und Ausbildung einräumen**, potenziell gefährdete Jugendliche bereits ab Klasse acht unterstützend begleiten und arbeitslosen

Jugendlichen eine koordinierende Hilfe „aus einer Hand“ bieten, um sie zu unterstützen, aus den bestehenden Förderangeboten die für sie sinnvollsten auszuwählen. Dies geschieht am besten im Rahmen einer Vernetzung aller Akteure von den Schulen über die Jobcenter bis zu den Institutionen der Jugendhilfe und durch eine Kooperation mit Betrieben und Handwerk.

MIT EINER AUSBILDUNGSGARANTIE JUNGEN MENSCHEN NEUE PERSPEKTIVEN BIETEN

Etwa ein Sechstel der jungen Menschen bis 35 Jahre in Hessen besitzt keine Berufsausbildung. Die SPD in Hessen setzt sich deshalb für ein auf zehn Jahre angelegtes Programm ein, das **jedem jungen Menschen ohne Ausbildung und Berufsqualifikation in Hessen unter 35 Jahre ein Ausbildungsangebot garantiert**, zugeschnitten auf die individuelle Ausgangssituation der Betroffenen und orientiert am Erfolgsmodell der dualen Ausbildung. Wir unterstützen Ausbildungsverbünde zwischen örtlichen Unternehmen und den kommunalen Verwaltungen, die es ermöglichen, die Ausbildung teils in der Privatwirtschaft, teils in der Verwaltung durchzuführen.

ÄLTERE BESCHÄFTIGTE DABEI UNTERSTÜTZEN, BIS ZUM RENTENEINTRITT ERFOLGREICH IM JOB ZU BLEIBEN

Die Idee des lebensbegleitenden Lernens ist bislang nur unzureichend in der Unternehmenspraxis angekommen. Wir wollen nicht länger akzeptieren, dass das umfassende Wissen älterer beschäftigter Menschen nur unzureichend genutzt wird. Wir fördern, koordinieren und initiieren deshalb gemeinsam mit den Sozialpartnern Angebote für Beschäftigte und Unternehmen, die den **Erhalt der Beschäftigungsfähigkeit** aller Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, d.h. Jobgesundheit und beständige Weiterqualifikation, in den Mittelpunkt rückt.

DEN ARBEITSMARKTZUGANG FÜR MENSCHEN MIT BEHINDERUNGEN VERBESSERN

Wir unterstützen die Gründung von Arbeitsgruppen, bestehend aus allen regionalen relevanten gesellschaftlichen und ökonomischen Akteuren auf dem Gebiet der Inklusion (z.B. Unternehmen und Gewerkschaften, Agentur für Arbeit, Job-Center, LWV, IHK, Kreishandwerkerschaft, Berufliche Schulen, Behindertenwerkstätten, Politikerinnen/Politiker, Kirchen), um eine **koordinierte und vernetzte Ansprache** und Förderung der Betroffenen zu gewährleisten. Wir unterstützen Integrationsbetriebe und -abteilungen. Dies gilt auch für ausgelagerte Arbeitsplätze von Werkstätten für Menschen mit Behinderung und die Anwendungen der unterstützenden Beschäftigung und des persönlichen Budgets für Arbeit.

ANGEBOTE FÜR MENSCHEN MIT VIelfÄLTIGEN UND DAUERHAFTEN VERMITTLUNGSHEMMNISSEN VERBESSERN

Für Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten ist Arbeit nicht nur wirtschaftliche Existenzgrundlage. Sie ist wichtig für die **gesellschaftliche Anerkennung** und das Selbstwertgefühl der Menschen. Für Menschen, die – z.B. aufgrund von Behinderung oder chronischer Erkrankung – auch mit persönlicher Förderung und Prämien und Zuschüssen zum Lohn für die Betriebe voraussichtlich keine Chance haben, auf dem ersten Arbeitsmarkt Fuß zu fassen, kann es deshalb sinnvoll sein, öffentlich geförderte, existenzsichernde Arbeitsplätze in kommunaler Verantwortung anzubieten.

DIE POTENZIALE UNSERER ZUGEWANDERTEN BESSER NUTZEN

Angesichts der Dimension des bevorstehenden Fachkräftemangels ist es **nicht allein eine sozialpolitisch wünschenswerte, sondern auch eine wirtschaftlich notwendige**

Aufgabe, Menschen die zu uns kommen wollen, besser in unseren Arbeitsmarkt und unsere Gesellschaft zu integrieren. Wir nutzen EU-Förderungsmöglichkeiten für Austausch auch im Ausbildungssektor, um das Anwerben von jungen Menschen aus dem europäischen Ausland für kleine Unternehmen und Betriebe zu erleichtern. Dabei achten wir darauf, dass den jungen Menschen flankierende Integrationshilfen, die über das Angebot von Sprachkursen hinausgehen, vor Ort angeboten werden. Dazu bieten Welcome-Center als gemeinsame Anlaufstelle für Fachkräfte aus dem Ausland wie auch für deutsche Unternehmen Unterstützungsangebote bei den Verfahren für die Anerkennung ausländischer Abschlüsse und zum Verbleib eines größeren Teils der zahlreichen ausländischen Studierenden in Hessen. Dies muss mit einer stärkeren gesellschaftlichen Integration, z.B. durch Paten in den Betrieben und Kommunen, einhergehen.

4. UNSERE SOZIALPOLITIK SELBSTBESTIMMUNG FÖRDERN, LEBENSCHANCEN SCHAFFEN, ZUSAMMENHALT STÄRKEN

Wir wollen, dass alle Menschen selbstbestimmt leben können. Wir wollen den sozialen Zusammenhalt in der

Gesellschaft stärken. Wir wollen, dass alle Menschen an allen Bereichen des Lebens gleichberechtigt teilhaben. Sozialdemokratische Sozialpolitik versteht sich deshalb nicht nur als Hilfe für Menschen in besonderer Not, sondern als Politik der Gestaltung der Gesellschaft. Wir wenden uns gegen soziale Ausgrenzung gesellschaftlicher Gruppen und gegen die soziale Abgrenzung gesellschaftlicher Gruppen untereinander. Wir wollen den Zusammenhalt durch gegenseitiges Lernen und Verstehen stärken. Wir fordern hierzu soziale Verantwortung ein und treten jenen entgegen, die meinen, sie könnten ihre Freiheit auf Kosten der Freiheit anderer ausleben.

Die Vielzahl sozialer Probleme wie Arbeitslosigkeit, Armut, Obdachlosigkeit, Verschuldung, Kriminalität, Vandalismus, Drogenmissbrauch, gesundheitliche Risiken, Behinderung, Erziehungs- und Qualifikationsprobleme werden in den Kommunen zuerst sichtbar und begründen die Notwendigkeit einer umfassenden kommunalen Sozialpolitik jenseits bzw. in Ergänzung zu den großen sozialen Sicherungssystemen auf deutliche Weise.

Diese kommunale Sozialpolitik wird von drei Säulen getragen: von den eigenen Einrichtungen und Maßnahmen der Kommunen, den Trägern der freien Wohlfahrtspflege und der Jugendhilfe sowie von den organisierten wie unorganisierten ehrenamtlichen und nachbarschaftlichen Netzwerken der Selbst- und der gegenseitigen Hilfe. Alle drei Säulen sind gleich wichtig und verdienen gleiches Augenmerk und Unterstützung.

KLARE STRUKTUREN, ERREICHBARKEIT UND TRANSPARENZ IM SOZIALEM NETZ

Das Netz der Beratungs- und Hilfsangebote ist durch den Einsatz der Kommunen – trotz der harten Einschnitte im Gefolge der „Operation Düstere Zukunft“ der Landesregierung, die auch durch die Nachbesserungen des sogenannten ‚Sozialbudgets‘ bei Weitem nicht vollständig ausgeglichen wurden – nach wie vor gut ausgebaut,

eng verknüpft und auf hohem professionellem Niveau. Dabei wirken die öffentlichen Träger eng mit den freien Trägern der Sozial- und Jugendhilfe zusammen. Zunehmend verbessert worden ist auch die überörtliche und regionale Zusammenarbeit. Neben dem an manchen Stellen noch erforderlichen quantitativen Ausbau steht im Mittelpunkt unserer Bemühungen für die Zukunft die **Sicherung der bestehenden Strukturen, die Verbesserung der Effizienz und Effektivität der Arbeit** durch klarere Strukturen der Arbeitsteilung und Kooperation, die **bessere Erreichbarkeit** für Rat- und Hilfesuchende durch stärkere Transparenz und gemeinwesenorientiertes Arbeiten sowie die noch stärkere präventive Ausrichtung der Arbeit, die schon aktiv wird, bevor Menschen zu „Fällen“ geworden sind und als Anspruchsberechtigte Geld- oder Dienstleistungen nach den verschiedenen sozialen Leistungsgesetzen des SGB erhalten.

UNSER ZIELE: PRÄVENTIVE SOZIALPOLITIK UND VORAUSSCHAUENDE SOZIALPLANUNG

Unser Ziel ist eine präventive Sozialpolitik, die sich individuellen Problemlagen bereits dann öffnet, bevor diese zu nur noch schwer lösbaren Dauerproblemen geworden sind. Für die Gewährung von Hilfen gilt aus Gründen der geringeren Eingriffstiefe der klare Grundsatz „ambulant vor stationär“, wenn eine ambulante Hilfe angesichts der Umstände des Einzelfalls angemessen ist. Beides ist auch ein wesentlicher Beitrag dazu, finanziell knappe Ressourcen zielgerichtet und Erfolg versprechend einzusetzen.

Vorausschauende Sozialberichterstattung, Sozialplanung und Sozialpolitik müssen Frühwarnsysteme entwickeln, damit sowohl im Einzelfall als auch bezogen auf Zielgruppen und Stadtteile rechtzeitig eingegriffen werden kann. Wir unterstützen konkrete **kommunale Armutsbekämpfungsstrategien**, insbesondere solche zur Bekämpfung der nach wie vor inakzeptabel hohen Kinderarmut sowie solche, die bildungs-, arbeitsmarkt-,

gesundheits- und wohnungspolitische Maßnahmen gemeinwesenorientiert miteinander verknüpfen.

Die präventiven Potenziale der Arbeit in den Kindertagesstätten und in den Schulen müssen verstärkt in die Strategien kommunaler Sozialpolitik einbezogen werden, die Kooperation zwischen Schule und Jugendhilfe bedarf dringend der Verbesserung und institutionellen Absicherung. Familien, Nachbarschaft, Selbsthilfeinitiativen und örtliche Gemeinschaften müssen motiviert und in die Lage versetzt werden, als soziales Netz zu wirken.

Kommunale Sozialpolitik muss **dabei helfen, reale Notlagen zu überwinden**. Dabei müssen die Selbsthilfekräfte durch konkrete Beratung aktiviert und unterstützt werden. Soziale Arbeit sollte ferner aktive Stadtteilentwicklungspolitik sein, die sich quer zu den Politikfeldern einmischt und mit den anderen Ressorts kooperiert. Es geht darum, Fragen der Beschäftigung, des Wohnens, der Qualifizierung, des Lebensstils und der Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zusammenzuführen. Deshalb müssen die „Soziale Stadt“-Projekte fortgeführt und die dort gesammelten Erfahrungen systematisch auf andere Stadtteile und Wohngebiete übertragen werden.

Wir werden verstärkt die Solidarität der Stärkeren mit den Schwächeren einfordern. Solidarität kann Eigenverantwortung allerdings nicht ersetzen.

Wir wollen, dass:

- die Eigenkräfte der Betroffenen gestärkt werden,
- bürgerschaftliches Engagement gefördert wird,
- neue soziale Netzwerke geknüpft werden,
- das Zusammenspiel der Angebote privater und freier Träger, der Selbsthilfe und öffentlicher Leistungen besser organisiert wird,

- die Effektivität sozialer Einrichtungen und Dienste erhöht wird,
- die sozialen Leistungen zielgenauer eingesetzt werden,
- neue Ansätze und Projekte zur Bewältigung sozialer Probleme erprobt werden.

DIE SOZIALE STADT

Unsere Kommunalpolitik ist auf Teilhabe und Veränderungsprozesse ausgerichtet. Wir wollen, dass alle Menschen ihr Leben selbstbestimmt führen – und ihnen dabei so viel Unterstützung wie nötig geben. Dazu werden wir eine **am jeweiligen Sozialraum orientierte Politik** voranbringen. Dies heißt, dass in den Kommunen bei Veränderungsprozessen quartiersbezogen und sozialraumorientiert gearbeitet werden muss.

Wir wollen in den Kommunen die kleinräumige Erstellung von Stadtteil- und Quartierskonzepten, um die Gestaltung von Wohnquartieren zu erreichen. Wir begrüßen die Aufstockung der Bundesmittel für die Stadterneuerung mit dem Leitprogramm „Soziale Stadt“, das zum Leitprogramm für alle Städtebauförderprogramme wird.

Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf müssen auch in Zukunft gezielt gefördert werden, um die Lebensbedingungen der Menschen vor Ort zu verbessern und Negativ-Entwicklungen aufzuhalten. Gefördert werden städtebauliche, stadtplanerische sowie soziale Projekte: So wird das Programm der „Sozialen Stadt“ gezielt auf Maßnahmen im städtebaulichen, infrastrukturellen, barrierefreien, ökonomischen und beschäftigungspolitischen Bereich angewendet und soziale Faktoren und nachbarschaftliches Engagement sowie Maßnahmen der sozialen Vielfalt gezielt gefördert. Wir werden diese Maßnahmen auf kommunaler Ebene gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern umsetzen.

5. UNSERE INTEGRATIONSPOLITIK EINBINDUNG FÖRDERN UND CHANCENGLEICHHEIT HERSTELLEN

Wir sehen eine bedeutende Chance in zugewanderten Menschen, die mit ihren unterschiedlichen Kompetenzen eine Bereicherung für unsere Gesellschaft, Wirtschaft und Politik darstellen. Für uns ist deshalb Integration eine der wichtigsten Zukunftsaufgaben bei der Gestaltung unseres Gemeinwohls. Sowohl Einheimische als auch Eingewanderte sind in gleicher Weise in der Verantwortung, sich für ein friedliches und gleichberechtigtes Miteinander einzusetzen.

Wir wollen, dass die Handlungsfelder der Kommunalpolitik – wie beispielsweise frühkindliche Bildung, Soziales, Kultur, Sport oder Gleichstellung – auf die Querschnittsaufgabe Integration abgestimmt und unter angemessener Einbindung der ausländischen Wohnbevölkerung systematisch organisiert werden. Kommunale Integrationsfachstellen sollen in Abstimmung mit den politischen Gremien diesen Prozess steuern und moderieren.

INTEGRATION DURCH BILDUNG FÖRDERN

Sozialdemokratische Integrationspolitik setzt einen Schwerpunkt bei Kindern und Jugendlichen. Wir wollen möglichst frühe und individuelle Förderung von Kindern in gut ausgestatteten Einrichtungen der frühkindlichen Betreuung, die gezielte Ansprache und verstärkte Beratung der Eltern, verbesserte Eltern- und Familienbildung

und eine verstärkte Einbeziehung der Eltern in die Arbeit der Bildungseinrichtungen anregen. Wir wollen das Lehrpersonal sowie die Fachkräfte in Kitas dabei unterstützen, sich das Know-how für den täglichen Umgang mit unterschiedlichen Kulturen, Religionen und Mentalitäten anzueignen sowie alle Anstrengungen unternehmen, um mehr Lehr- und Erziehungskräfte mit Migrationshintergrund zu gewinnen.

INTEGRATION DURCH SPRACHE FÖRDERN

Die Beherrschung der deutschen Sprache ist eine zentrale Voraussetzung für gelingende Integration. Unser Ziel ist es, dass Angebote zur Sprachförderung für alle Kinder bedarfsgerecht in den Alltag der Kitas und der Schuleingangsstufe integriert und weiterentwickelt werden. Wir werden uns mit Nachdruck dafür einsetzen, dass mehr Ressourcen für „Seiteneinsteiger“ – d.h. Kinder, die aus dem Ausland in eine deutsche Schule wechseln – bereitgestellt werden. Wir wollen deshalb, dass Mehrsprachigkeit gefördert wird und dass die Herkunftssprachen im Rahmen des Regelunterrichts angeboten werden. Unser bildungspolitisches Ziel: Kein Kind bzw. Jugendlicher wird mehr zurückgelassen.

JUGENDFÖRDERUNG AUSBAUEN UND WEITERENTWICKELN

Integrationsfördernde Maßnahmen, durch die Vielfalt als gesellschaftliche Normalität reflektiert und erlebbar gemacht wird, sind uns besonders wichtig. Bildung und Aufklärung über Kulturen, Religionen und Weltanschauungen sind ein wesentlicher Schlüssel, um Vorurteile abzubauen und das friedliche Miteinander zu stärken. Wir setzen uns deshalb für neu konzipierte und gut ausgestattete Jugendeinrichtungen ein, in denen sich Jugendliche im geschützten Umfeld aufhalten, betätigen, experimentieren, weiterentwickeln und aktiv in die Gesellschaft einbringen können.

ZUGANG ZUM ARBEITSMARKT ERMÖGLICHEN

Wir wollen Menschen mit Migrationshintergrund bei der Integration in den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt unterstützen. Es ist dabei die **gezielte Förderung von Ausbildungs- und Arbeitsmarktchancen von Jugendlichen und jungen Erwachsenen ausländischer Herkunft** von besonderer Bedeutung. Unser primäres Augenmerk liegt dabei auf dem erfolgreichen Übergang von der schulischen in die berufliche Ausbildung. Wir wollen aber auch den von Langzeitarbeitslosigkeit betroffenen Erwachsenen den Zugang zum Arbeitsmarkt durch Weiterbildung und Qualifizierung wieder ermöglichen.

INTERKULTURELLE ÖFFNUNG ORGANISIEREN

Chancengleichheit und gleichberechtigte Teilhabe müssen in allen kommunalen Handlungsbereichen ihren Niederschlag finden. **Wir setzen uns deshalb für die interkulturelle Öffnung der Verwaltungen sowie der öffentlichen Einrichtungen und des kommunalen Vereinslebens ein.** Die Stadtentwicklung, die sozialen und kulturellen Angebote sowie die Wohnungsbaupolitik wollen wir so ausgestalten, dass in den Kommunen **Inklusion statt Segregation** stattfindet. Darüber hinaus werden wir aktiv daran arbeiten, den Anteil der Beschäftigten mit Migrationshintergrund sowohl in den Verwaltungen als auch in den öffentlichen Einrichtungen so zu erhöhen, dass die gesellschaftliche Realität abgebildet wird.

KULTURSENSIBLES ALTENHILFESYSTEM AUFBAUEN

Der Anteil der Seniorinnen und Senioren mit Migrationshintergrund wächst. Wir wollen zu einer Versorgung beitragen, die sowohl bei Krankheit und Pflegebedürftigkeit als auch im Freizeitbereich kultur- und religionssensibel unterschiedliche Lebenswege entsprechend be-



rücksichtigt. Die **kultursensible Pflege und Versorgung der Seniorinnen und Senioren mit Migrationshintergrund** muss zum Regelfall werden.

FRAUEN UND MÄDCHEN STÄRKEN

Frauen und Mädchen mit Migrationshintergrund sind oftmals von doppelter Diskriminierung betroffen. Wir werden uns dafür einsetzen, dass die frauenspezifischen Bildungs- und Beratungsangebote, insbesondere für Frauen und Mädchen, die von Gewalt betroffen sind, weiter unterstützt und ausgebaut werden.

FLÜCHTLINGE UND ASYLBEWERBER/INNEN MENSCHENWÜRDIG BEHANDELN

Niemand flieht freiwillig. Menschen verlassen ihre Heimat, weil sie dort verfolgt, misshandelt oder gefoltert werden oder weil sie vor Bürgerkriegen, Hunger und Naturkatastrophen, geschlechtsspezifischer Verfolgung oder vor erdrückender wirtschaftlicher Not flüchten müssen. Für uns sind Flüchtlinge und Asylbewerberinnen/-bewerber ab dem ersten Tag ihrer Ankunft in den Städten und Gemeinden Mitglieder unseres Gemeinwesens. Ihr Wohl ist Teil des Gemeinwohls. Sie **schnell zu integrieren, ist im Interesse der ganzen Gesellschaft.** Dies gilt

ebenso für die unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge, die in besonderer Weise hilfe- und schutzbedürftig sind. Es ist für uns eine humanitäre Verpflichtung, sie alle unverzüglich in das Gemeindeleben einzubinden und ihnen unter Beachtung der Würde des Menschen ein selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen. Dazu unterstützen wir Sprachkurse, gute Betreuung und ehrenamtliches Engagement in der Flüchtlingshilfe. Wir sind uns einig, dass alles dafür getan werden muss, eine menschenwürdige Unterbringung und Betreuung der Flüchtlinge sicherzustellen. Gleichzeitig fordern wir bei der Landesregierung Unterstützung für diese Aufgaben ein, die viele Kommunen nicht allein stemmen können.

GESELLSCHAFTLICHES ENGAGEMENT FÖRDERN

Nicht nur, aber auch vor dem Hintergrund des sich zunehmend abzeichnenden demografischen Wandels ist es notwendig, dass wir Menschen mit Migrationshintergrund den **Zugang zum Ehrenamt in den klassischen Bereichen des freiwilligen Engagements erleichtern.** Daher werden wir den Austausch und die Vernetzung zwischen Migrantenselbstorganisationen – die wir stärken wollen – und den Einrichtungen der Freiwilligenarbeit durch Beratung, Fortbildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen fördern und unterstützen.

RELIGIÖSE VIELFALT LEBEN

Wir stehen zur verfassungsrechtlich garantierten Ausübung der Religionsfreiheit in unserem Land und betrachten die Vielfalt der Glaubens- und Religionsgemeinschaften als selbstverständlichen Bestandteil unserer deutschen Gesellschaft. Wir treten ein für einen **konstanten, offenen und partnerschaftlichen Dialog der Glaubensgemeinschaften** untereinander sowie mit der Zivilgesellschaft – mit dem Ziel, die friedliche Koexistenz und die stärkere Zusammenarbeit, gerade auch im Be-

reich der Wohlfahrtspflege und der Seelsorge, weiter zu fördern und zu stärken. Wir sprechen uns dafür aus, dass alle hier lebenden Menschen entsprechend ihren religiösen Riten beigesetzt werden können.

POLITISCHE TEILHABE ERMÖGLICHEN

Wir streben eine umfassende kommunalpolitische Beteiligung von Menschen mit Migrationshintergrund an, die ihren Lebensmittelpunkt in Deutschland haben. Gleichberechtigung setzt politische Teilhabe voraus. Wir treten deshalb für das **Kommunalwahlrecht für alle Bürgerinnen und Bürger ohne deutschen Pass** ein. Wir werden die Arbeit der bestehenden kommunalen Ausländerbeiräte weiter aktiv unterstützen und fordern die Erweiterung ihrer Rechte und Befugnisse in der Hessischen Gemeindeordnung, insbesondere ein klar geregeltes Antragsrecht gegenüber der Gemeinde-/Kreisvertretung. Wir wollen verstärkt dafür werben, dass sich Menschen mit Migrationshintergrund politisch engagieren und sie ermutigen, von der Möglichkeit der Einbürgerung Gebrauch zu machen.

DISKRIMINIERUNG BEKÄMPFEN

Die **konsequente Bekämpfung und Verfolgung von Diskriminierung** sowie gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit wie Rassismus, Antisemitismus und Islamophobie sind elementare Bestandteile sozialdemokratischer Integrationspolitik. Darum setzen wir uns auch auf kommunaler Ebene dafür ein, dass diskriminierende rechtliche und tatsächliche Barrieren für das gleichberechtigte und friedliche Miteinander abgebaut werden – und mit entsprechenden Maßnahmen fremdenfeindlichen und rassistischen Einstellungen in Teilen der Bevölkerung wirksam entgegengetreten wird. Wir werden daran arbeiten, dass in den Städten und Gemeinden Antidiskriminierungsstellen eingerichtet werden sowie die Arbeit lokaler Bündnisse gegen Rechts fördern.

6. UNSERE WOHNRAUMPOLITIK GUTEN UND BEZAHLBAREN WOHNRAUM SCHAFFEN

Wohnungspolitik ist – insbesondere in den Städten mit Wohnraumangel und steigenden Mieten – ein zentrales Thema für die SPD. Kommunale Wohnungspolitik ist ein Kernelement der Daseinsvorsorge. Wohnen ist ein Grundbedürfnis. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass kommunale Wohnungsunternehmen auch kommunal und damit öffentlich kontrolliert bleiben. Dies ist eine der Grundvoraussetzungen, um in den Kommunen preiswerten und guten Wohnraum zu schaffen und zu erhalten.

FINANZIELLE MITTEL FÜR DEN WOHNUNGSBAU MOBILISIEREN

Die hessischen Kommunen müssen wieder die notwendigen Finanzmittel erhalten, um ihre Aufgaben in der Wohnungspolitik ausfüllen zu können. Ein Ende der kommunalfeindlichen Politik durch die schwarz-grüne Landesregierung ist für eine aktive kommunale Wohnraumpolitik unerlässlich. **Wir wollen, dass wieder mehr Sozialwohnungen und Wohnungen für untere und mittlere Einkommensgruppen gebaut werden.** Hierzu müssen die notwendigen Rahmenbedingungen durch den Landesgesetzgeber im Hessischen Wohnraumfördergesetz geschaffen werden.

Wir wollen, dass vor Ort entschieden wird, ob die Erhebung einer Fehlbelegungsabgabe jeweils einen Beitrag



zur Finanzierung neuer Wohnungen für untere und mittlere Einkommensgruppen leisten kann. Wir setzen uns in Regionen mit einem angespannten Wohnungsmarkt dafür ein, dass durch die Erstellung und Gestaltung von Mietspiegeln das Mietniveau mieterverträglich gehalten werden kann.

STADTERNEUERUNG NACH DEM PRINZIP DER QUARTIERSENTWICKLUNG

Unsere Vorstellung einer vernünftigen Wohnungspolitik wird in Zukunft die Stadt-, Regional- und Dorfentwicklungspolitik miteinander verbinden. In den Städten heißt dies zuerst, die vorhandenen Flächen optimal zu nutzen und damit die Ausnutzung dieser Flächen zu intensivieren.

Aber auch in Zukunft ist Bauland knapp. Der Bedarf wird sich allerdings nicht zuletzt aufgrund des demografischen Wandels und der Wanderungsbewegungen in den Regionen unterschiedlich entwickeln. Bei der Entwicklung von neuen Gebieten sind Modelle der sozial gerechten Bodennutzung (kommunale Entwicklungsmaßnahmen) zu nutzen. Wir unterstützen eine Stadterneuerungspolitik, die dem Prinzip der Quartiersentwicklung folgt.

INNOVATIVE WOHNKONZEPTE AUSPROBIEREN

Wir unterstützen die Entwicklung und Förderung alternativer Wohnkonzepte wie beispielsweise Mehrgenerationenwohnhäuser und das Konzept „Wohnen für Hilfe“ (z.B. Hilfeleistungen als Mietersatzleistung). Es ist wichtig, dass diesen Vorstellungen von gemeinsamem Leben auch Rechnung getragen wird.

Wir fördern **Wohnen in genossenschaftlich organisierten Formen.** Hier sind Bewohnerinnen und Bewohner durch ihre Anteile Eigentümer der Genossenschaft und genießen dadurch mehr Mitbestimmungsrechte. Mit dieser Beteiligung am Eigentum geht ein höherer Mieterschutz einher, den es zu fördern gilt.

Wir begrüßen, dass ein qualifiziertes Studium in Hessen nach wie vor für junge Menschen attraktiv ist. Deshalb setzen wir uns für den Bau von mehr **preiswertem Wohnraum für Studierende** ein. Dabei sind Kooperationen zwischen den Studentenwerken und den örtlichen Wohnungsbaugesellschaften zu suchen und zu entwickeln.

ENERGETISCHE ERNEUERUNG IM SINNE DER MIETER VORANTREIBEN

Die Möglichkeiten der Förderungen von energetischen Maßnahmen und des Einsatzes von regenerativen Energien und Blockheizkraftwerken sind groß. Es wird notwendig sein, **Wohnungen energetisch zu qualifizieren**, um damit beizutragen, die Mietnebenkosten, die immer mehr zu einer zweiten Miete werden, zu senken. Deshalb wollen wir dazu beitragen, dass gemeinsam mit den kommunalen Energieunternehmen die warme Wohnung als Dienstleistung angeboten wird.

Wir setzen uns dafür ein, dass bürokratische Hemmnisse abgebaut werden, die eine schnelle Umsetzung der wohnungsbaupolitischen Ziele beeinträchtigen. Insbesondere in der Bestandsmodernisierung müssen nicht immer

die höchstmöglichen Standards realisiert werden. Wir unterstützen Maßnahmen, die **Energie einsparen** und die **Mieten gering halten**. Wir wollen Projekte fördern, die direkt den persönlichen Energieverbrauch beeinflussen.

SELBSTBESTIMMTES WOHNEN IM ALTER

Die demografische Entwicklung zwingt die Wohnungswirtschaft und die Stadtplanung, sich zukünftig auf die zunehmende Zahl älterer Menschen einzustellen. Wir wollen selbstbestimmtes Wohnen im Alter gewährleisten. In den Städten und Landkreisen muss erreicht werden, dass eine zukünftige kommunale Altenhilfeplanung eine kleinräumige Planung vorsieht, die dieses Ziel verfolgt.

Wir setzen uns in den Kommunen dafür ein, dass altersgerecht und barrierefrei gebaut wird. Auch dabei müssen nicht immer und kompromisslos die optimalen Standards sofort realisiert werden. Die Ausgewogenheit zwischen den Kosten und der Qualität der Wohnungen für Senioren und Menschen mit Behinderungen steht im Vordergrund.

7. UNSERE KINDER- UND JUGENDPOLITIK KINDER UND JUGENDLICHE EINBEZIEHEN

Besonders für Kinder und Jugendliche ist die Kommunalpolitik wichtig: Ihr soziales Umfeld liegt zumeist in der Kommune. Kindheit und Jugend sind wichtige Lebens-

phasen für die Identitätsbildung, die vielfältige Angebote, aber auch viel Freiraum für selbstbestimmte Aktivitäten brauchen.

MITBESTIMMUNG UND BETEILIGUNG VON KINDERN UND JUGENDLICHEN

Wir machen Politik nicht nur für Kinder und Jugendliche, sondern vor allem mit ihnen. Wir wollen Kindern und Jugendlichen nicht vorschreiben, wie sie zu leben haben, sondern mit ihnen gemeinsam unsere Kommunen und Landkreise gestalten. Wir schaffen echte Beteiligung, bei der Kinder und Jugendliche reale Entscheidungen über Dinge, die sie betreffen, beeinflussen können, indem wir uns **für die Wiedereinführung des aktiven Wahlrechts ab 16 Jahren für Kommunalwahlen einsetzen**, klare Leitlinien zur Sicherstellung der Beteiligung junger Menschen entsprechend der Hessischen Gemeinde- und Landkreisordnung schaffen und Kinder und Jugendliche genauso bei politischen Entscheidungen berücksichtigen wie andere Alters- und gesellschaftliche Gruppen (z.B. Senioren).

Als Expertinnen und Experten ihres Lebensumfelds verfügen Jugendliche über Erfahrungen und Impulse, die die Gestaltung von Kommune und Landkreis bereichern. Wir wollen hierfür Beteiligungsformen nutzen, die sowohl für die Kommune als auch die dort lebenden Jugendlichen geeignet sind. Dazu gehören z.B. die Beteiligung von Jugendverbänden, **Kinder- und Jugendparlamente und -foren, Workshops und Zukunftswerkstätten, aber auch Kinder- und Jugendbeauftragte und Jugendmediaprojekte und Jugendprojekttage.**

Wir wollen bereits bestehende Strukturen der jugendlichen Selbstorganisation (Jugend- und Jugendverbandsarbeit wie Jugendringe) als Orte der jugendpolitischen Partizipation bewahren, intensiver fördern und stärken. Auch die Jugendhilfeausschüsse tragen dazu bei, Kommunen kinder- und jugendfreundlich weiter-

zuentwickeln. Wir wollen Kinder- und Jugendbeteiligungsprojekten die kontinuierliche, gesicherte personelle und finanzielle Unterstützung zusichern, die sie brauchen. Deshalb wollen wir für eine angemessene personelle Unterstützung, je nach Struktur der Gemeinde oder des Landkreises und der Form des Beteiligungsprojekts sorgen. Auch wollen wir projektbezogene Etats einräumen, über die Jugendliche entscheiden können.

JUGENDBILDUNG – AUCH AUSSERHALB DER SCHULE

Um Teilhabe an demokratischen Prozessen, Selbstwirksamkeit, Verantwortung und Solidarität erfahren zu können, brauchen Jugendliche aber selbst gestaltbare Freiräume: Orte ebenso wie freie Zeit. Wir wollen deshalb die kommunale Jugendarbeit, Jugendbildungswerke und Jugendverbandsarbeit vor Ort weiterhin fördern und unterstützen. Wir wollen **Jugendzentren** als wesentliche Orte der Jugendbildung **erhalten und fördern**. Insbesondere selbstverwaltete Jugendzentren gilt es zu erhalten: Sie fördern Teilhabe an demokratischen Prozessen durch Gestaltungsfreiheit, Verantwortungsgefühl, autonomes Denken, konsensuale Entscheidungsfindung und Kooperation. Wir wollen ehrenamtliches Engagement in der Jugendarbeit durch eine hochwertige Ausbildung und Qualifizierung unterstützen. Die Angebote für die Inhaber der „Jugendleiter-Card“ wollen wir ausbauen, beispielsweise durch kostenfreie Qualifizierungs- und Unterstützungsangebote.

MEDIENKOMPETENZ DER DIGITALEN WELT ANPASSEN

Soziale Medien wie Facebook, Twitter, Instagram und natürlich das World Wide Web an sich sind Kanäle, derer sich Jugendliche heute bedienen, wenn sie Informationen generieren wollen oder soziale Kontakte aufbauen.

Ihre Welt ist von den neuen Medien geprägt. Wir wollen im kommunalen Kontext dazu beitragen, **dass jungen Menschen der verantwortungsvolle Umgang mit den neuen Medien vermittelt** wird. Dabei haben schulische und auch außerschulische Bildungsträger eine wichtige



Funktion: Wir wollen, dass alle jungen Menschen Zugang zu neuen Medien haben. Wir setzen uns dafür ein, dass in der kommunalen Jugendbildungsarbeit, bei Ferienangeboten und in den Jugendhäusern ein verantwortlicher und kritischer Umgang mit den Medien vermittelt wird. Kinder und Jugendliche müssen rechtzeitig wissen, dass Onlinemobbing oder die unrechtmäßige Weiterleitung von Bildern und Videos ggf. auch persönliche Konsequenzen für den Verursacher haben können.

GEWALTPRÄVENTION: NEIN ZUR GEWALT, JA ZUR DEMOKRATIE

Kinder und Jugendliche müssen frühzeitig lernen, in einer sozialen Gemeinschaft miteinander zu leben. Wir wollen **Gewaltprävention auch in Kitas und Schulen umsetzen**. Kindertagesstätten und Schulen sind wichtige Orte sozialen Lernens, an denen Kinder und Jugendliche zusammentreffen. Wir wollen dort verschiedene Präven-

tionsangebote und -programme wie Konfliktbearbeitung, Streitschlichtung und Umgang mit aggressivem Verhalten sowie die Schulsozialarbeit etablieren und stärken, um Gewalt vorzubeugen, z.B. durch kommunale Gremien (Präventionsräte), Streetworker und die Trou-

ble-Line, ein Sorgentelefon für Kinder und Jugendliche. Wir wollen Jugendverbände dabei unterstützen, Kinder und Jugendliche vor Gewalterfahrungen, insbesondere vor sexualisierter Gewalt, zu schützen.

WELTOFFENE UND PLURALISTISCHE KOMMUNEN

Rechtsextremismus und rechtsorientierte Jugendgruppen sind in manchen Kommunen ein Problem, das in einigen Regionen durch eine tradierte rechte Jugendkultur zutage tritt. Gerade in größeren Städten wird aber auch der Salafismus, der ebenso durch menschenverachtende Einstellungen gekennzeichnet ist, unter Jugendlichen zunehmend ein zu einem Problem.

Wir wollen, dass es eine flächendeckende Versorgung mit Bildungsmaßnahmen für ein Bewusstsein im Umgang mit menschenverachtenden Ideologien gibt. Die

Kommunen und Landkreise können durch die Förderung von Gedenkstättenfahrten und anderen Bildungsangeboten, z.B. durch außerschulische Bildungsangebote und Angebote der Jugendarbeit von öffentlichen und freien Trägern über Rechtsextremismus, einen wichtigen Beitrag zur Aufklärung und zur Schaffung eines Problembewusstseins von Jugendlichen leisten. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die in der Jugendarbeit aktiv sind, müssen im Umgang mit gefährdeten Jugendlichen geschult werden. Häufig fehlt es den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern nicht an gutem Willen, aber sehr wohl an der fachlichen Kompetenz – das wollen wir ändern und entsprechende Schulungsangebote schaffen. Wir begrüßen ergänzende Programme, die sich mit dem Salafismus auseinandersetzen. Deren Finanzierung darf jedoch nicht zulasten der genauso notwendigen Präventionsarbeit gegen Rechtsextremismus erfolgen.

GESELLSCHAFTLICHE TEILHABE VON JUGENDLICHEN AUSBAUEN

Gesellschaftliche Teilhabe bedeutet nicht nur, dass Kinder und Jugendliche ausreichend Bildungs-, Freizeit- und Kulturangebote zur Verfügung haben. Es geht auch darum, die **Ausgrenzung und Benachteiligung, die junge Menschen** auf vielfache Art und Weise erleben, **aufzuheben oder dem entgegenzuwirken**.

Kinder und Jugendliche, die von **Armut** betroffen sind und von den sozialen Sicherungssystemen nicht leben können, wollen wir finanziell unterstützen, indem die Kommunen z.B. Zuschüsse für Aktivitäten und Freizeiten erteilen. Für junge Menschen mit **Behinderung** und chronischer Krankheit wollen wir die Zusammenarbeit der Organisation Jugendhilfe mit der Behindertenhilfe fördern.

Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund erleben immer noch zu oft **rasistische Diskriminierung und Ausgrenzung** – etwa wenn sie in der Schule oder bei der Ausbildungsplatzsuche bei gleicher Leistung schlechter



bewertet und als Konsequenz auch in der Berufswahl häufig benachteiligt werden. Wir unterstützen Aufklärungsprojekte gegen Fremdenfeindlichkeit und Beratungsangebote für Betroffene, um in unseren Kommunen eine Kultur der gegenseitigen Akzeptanz und des Respekts zu schaffen.

Wir unterstützen die Akzeptanz von **Homo-, Bi- und Transsexualität**. Insbesondere Aufklärungsprojekte an Schulen wie beispielsweise SchLAU und Beratungsangebote für Jugendliche und Eltern wollen wir fördern.

Auch die verschiedenen Lebensbedingungen auf dem Land und in der Stadt können junge Menschen von gesellschaftlicher Teilhabe ausschließen. Deshalb ist es wichtig, auch auf dem Land ausreichend Bildungs-, Freizeit- und Kulturangebote zur Verfügung zu stellen und Kindern und Jugendlichen die Mobilität zu verschaffen, sich flexibel, selbstständig, sicher und kostengünstig in ihren Kommunen, Landkreisen und in Hessen mittels Bus, Bahn und Jugendtaxi bewegen zu können.

8. UNSERE FRAUENPOLITIK GLEICHBERECHTIGUNG UND CHANCENGLEICHHEIT

Trotz der grundgesetzlich verankerten Gleichberechtigung von Frau und Mann, trotz einer gestiegenen Repräsentanz von Frauen in vielen gesellschaftlichen Bereichen, trotz besserer Bildungsabschlüsse von Mädchen bzw. jungen Frauen müssen wir feststellen, dass Frauen in den meisten Lebensbereichen immer noch benachteiligt sind.

Unsere Frauenpolitik hat daher das Ziel, weiterhin bestehende **Nachteile für Frauen auszugleichen und ihre Lebensentwürfe, Interessen und Sichtweisen als gleichwertig anzuerkennen und einzubeziehen**. Es sind die konkreten Dinge des Alltags im privaten und beruflichen Bereich, in der Kommune vor Ort, im Betrieb etc., die geändert werden müssen, damit wir dem Verfassungsauftrag, dass Frauen und Männer gleichberechtigt sind, nahe kommen.

BENACHTEILIGUNGEN, DIE WIR BESEITIGEN WOLLEN

Wichtige Handlungsfelder sind für uns die Benachteiligungen von Frauen in Ausbildung und Beruf, geringerer Lohn bei gleicher Arbeit, der höhere Anteil von Frauen an Arbeitslosen- und Sozialhilfeempfängern, die überwiegend weibliche Altersarmut, die mangelnde Berücksichtigung weiblicher Lebensentwürfe in der Arbeitswelt, die

immer noch allgegenwärtige alleinige Zuweisung von Hausarbeit und Kindererziehung an Frauen, die geringeren Chancen von Frauen in Wirtschaft, Wissenschaft, Kunst und Politik und Gewalt gegen Frauen. Immer noch gibt es also Ungleichheiten, die wir beseitigen wollen.

Auch für die kommunale Ebene gilt: Kein Politikfeld ist geschlechtsneutral, denn jedes Feld kann Benachteiligungen mildern oder aufheben, aber auch aufrechterhalten oder sogar verstärken. Deshalb brauchen wir eine verteilungsgerechte Kommunalpolitik, die auch die Geschlechterperspektive umfasst, mehr Frauen in politischen Gremien und Führungspositionen und eine Haushaltspolitik, die geschlechterdifferenziert bewertet und plant.

IN DER KOMMUNALVERWALTUNG MIT GUTEM BEISPIEL VORANGEHEN

Wir setzen Gleichberechtigung in unserer eigenen Verwaltung in allen Teilen um. Besonders die **kommunalen Frauenbüros und Frauenbeauftragten** nehmen dabei eine wichtige Stellung ein: Sie setzen Gleichberechtigungspolitik intern in der Verwaltung, aber auch extern für Bürgerinnen und Bürger vor Ort um. Auch für die gesamte kommunale Verwaltung gilt: Wir brauchen bessere Arbeitsbedingungen und mehr Frauen in Führungspositionen, damit Gleichberechtigung gelingt. Deshalb wollen wir **familienfreundliche Arbeitsplätze für Frauen und Männer** schaffen und Frauenförderpläne nach dem Hessischen Gleichberechtigungsgesetz (HGIG) aufstellen. Die Förderleitpläne müssen klare Vorgaben und Sanktionen beinhalten.

VEREINBARKEIT VON FAMILIE UND BERUF FÜR FRAUEN UND MÄNNER

Wir fördern aktiv die Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Frauen und Männer. Frauenpolitik ist nicht gleich Familienpolitik – und doch entscheidet die Vereinbar-

keit von Familie und Beruf meist darüber, ob Frauen ihre Erwerbsarbeit fortführen können. Wir wollen hierfür ein am **Bedarf orientiertes Angebot an zeitflexibler Ganztagsbetreuung in Wohnortnähe** und ein lückenloses Angebot an Ganztagschulen. Um pflegende Angehörige zu entlasten, sind vor Ort neben der stationären Pflege aber auch flexible Kurzzeitpflege- und Tagesbetreuungsmöglichkeiten notwendig.



Wir stehen für eine **frauenfreundliche Infrastruktur** für Jung und Alt. So fördern wir Gesundheits- und Nahversorgungsangebote in den Ortsteilen sowie z.B. Mehrgenerationenhäuser und alternative Mobilitätsangebote, damit sich Frauen im ländlichen und städtischen Raum frei bewegen und versorgen können. Besonders dem zurückgehenden Angebot an wohnortnahen Entbindungstationen, Geburtshäusern und Hebammen in ländlichen Regionen wollen wir entgegenwirken.

HILFEN BEI SEXUALISierter GEWALT AUSBAUEN

Noch immer werden Frauen Opfer männlicher Gewalt. Damit Mädchen und Frauen sowie deren Kinder vor Gewalt geschützt werden können, braucht es die dafür er-

forderlichen Beratungseinrichtungen, Betreuung und Unterkunft. Wir wollen – auch angesichts des bestehenden Konsolidierungsdrucks – an dieser Stelle nicht sparen. Wir setzen ein Zeichen gegen Gewalt an Mädchen und Frauen. Deshalb wollen wir die **Angebote für Schutzsuchende** fördern und Frauen, die in Frauenhäusern Schutz gesucht haben, bei der anschließenden Wohnungssuche unterstützen und bei der Vergabe von öffentlichem Wohnraum priorisieren.

9. UNSERE SENIORENPOLITIK POLITIK FÜR EIN AKTIVES ALTER

Ältere Menschen sind heute in der Regel gesünder als früher und wollen die Chance des längeren Lebens auch entsprechend nutzen. **Wir werden ältere Menschen ermutigen, sich verstärkt bürgerschaftlich zu engagieren, sich neue Tätigkeits- und Wissensfelder zu erschließen und ihre Erfahrungen und Fähigkeiten in das gesellschaftliche Leben einzubringen.**

Wir wollen Älteren Gelegenheit geben, ihre Rechte und Wünsche selbst zu artikulieren, sich um eigene Belange zu sorgen, zugleich aber die Verantwortung für andere mitzutragen. Nur so können sie sich als Teil der Kommune verstehen. Wir setzen uns für die **Schaffung von Seniorenbeiräten** ein, unter anderem als beratende Gremien der Parlamente. Ziel dabei ist es, dass Ältere ihre Erfahrungen und Fähigkeiten besser einbringen können.



Zur Steigerung der Akzeptanz von Seniorenbeiräten halten wir eine Wahl der Seniorenbeiratsmitglieder anstelle einer Berufung für sinnvoll.

FREIWILLIGES ENGAGEMENT VON ÄLTEREN UNTERSTÜTZEN UND ERMÖGLICHEN

Die Bereitschaft der Älteren für Engagement, auch in Initiativen und Projektgruppen außerhalb von festen Strukturen, ist ein nicht zu unterschätzendes Gut. Diese Entwicklung werden wir positiv begleiten und durch **Vermittlung von Engagement-Möglichkeiten** unterstützen. Wir legen großen Wert darauf, dass besonders in den Kommunen die Rahmenbedingungen den geänderten Bedürfnissen angepasst und so gestaltet werden, dass Ältere ihr Potenzial einbringen, verstärken und sich dabei auch selbst verwirklichen können.

Dabei sollten die Argumente und Vorschläge der Ehrenamtlichen genauso ernst genommen werden wie die von Hauptberuflichen, ein gegenseitiger Austausch ist unumgänglich. Im Bedarfsfall wollen wir durch Auslagensatz (keine Bezahlung) finanziell schlechter ausge-

statteten Menschen ehrenamtliche Aktivitäten ermöglichen. Ältere mit Migrationshintergrund werden wir verstärkt einbeziehen. Die Nachbarschaftshilfe sowie das Engagement Älterer im sozialen Umfeld, hat für uns einen hohen Stellenwert, den es zu unterstützen gilt.

LEBENSBEGLEITENDES LERNEN UND DIE CHANCEN DER DIGITALISIERUNG FÜR ÄLTERE NUTZEN

Aus unserem Leben sind die Digitalisierung der Kommunikation und Assistenzsysteme nicht mehr wegzudenken. Obwohl gerade in den letzten Jahren Ältere verstärkt den Weg zu den Neuen Medien gefunden haben, gibt es noch eine große Zahl Älterer, die hierbei einen Unterstützungsbedarf haben. Wir werden versierte Ältere motivieren, als „Senioren-Technik-Botschafter“ anderen dabei zu helfen.

Durch die längere Lebensdauer, dem Wunsch sich verstärkt ehrenamtlich einzubringen und dabei auch neue Betätigungsfelder zu erschließen, besteht die **Notwendigkeit zur Kompetenzerhaltung und Erwerb neuen Wissens**. Die entsprechenden Bildungsangebote sind von der Angebots- auf die Nachfragebasis umzustellen.

EIN NEUES BILD VOM ALTER ERKENNEN UND WERTSCHÄTZEN

Die Potenziale der Älteren, gerade auch in den Kommunen, bewusst zu machen und zu nutzen, ist ein besonderes Anliegen von uns. Voraussetzung ist aber auch, dass wir ein neues Bild vom Alter erkennen und wertschätzen. Durch die Möglichkeiten, anderen zu helfen, sich weiterzuentwickeln und dabei Freude zu empfinden, gewinnt das Älterwerden eine neue Freiheit und ist nicht mehr nur „Schicksal“. Wir setzen uns dafür ein, dass Menschen in Würde älter werden können und eine wohnortnahe Versorgung erhalten.

10. UNSERE POLITIK FÜR MOBILITÄT UND VERKEHR FÜR EINE LEISTUNGSFÄHIGE INFRASTRUKTUR

Mobilität ist ein zentrales Element im Leben der Bürgerinnen und Bürger und es ist unsere Aufgabe, sicherzustellen, dass alle mobil sein können. Die Bedingungen für Mobilität entscheiden auch, wie attraktiv eine Gemeinde oder Stadt für ihre Bürger ist.

MOBILITÄT GEWÄHRLEISTEN UND FÜR EINE INTAKTE VERKEHRSINFRASTRUKTUR SORGEN

Eine intakte Verkehrsinfrastruktur ist eine wesentliche Voraussetzung für nachhaltiges Wachstum und Wohlstand. Unsere Verkehrspolitik nimmt die großen Städte und die Dörfer auf dem Land gleichermaßen in den Blick. Die **Gleichwertigkeit der Lebensbedingungen in allen Regionen Hessens** ist ein Gebot der Gerechtigkeit.

Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur sind Zukunftsinvestitionen, denn diese sind Rückgrat unserer Exportnation und gleichzeitig auch wesentliche Voraussetzung für soziale Gerechtigkeit, Wachstum, Wohlstand, Klimaschutz und Lebensqualität. Auch in der Verantwortung für kommende Generationen muss der bestehende Sanierungsstau behoben werden, um einen weiteren Werteverzehr zu verhindern.

VERFEHLTE POLITIK DER LANDESREGIERUNG

Falsche Anreize, das Fehlen von Prioritäten bei der Infrastruktur sowie das konzeptionslose Agieren in der Verkehrspolitik haben in Hessen dazu geführt, dass es allein hier einen **Sanierungsstau bei Straßen und Schiene in Milliardenhöhe** gibt. Auch der schwarz-grünen Landesregierung gelingt es nicht, diesen Sanierungsstau zeit-



nah aufzulösen. Dadurch werden der Zusammenhalt und die Vernetzung der hessischen Regionen und die wirtschaftliche Entwicklung gefährdet.

Die Landesregierung investiert nicht nur zu wenig in den Landesstraßenbau, sondern verweigert auch eigene Landesmittel für den Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV). Verlässliche Rahmenbedingungen für Verkehrsunternehmen sind notwendig, damit die Kommunen die Mobilität der Bürgerinnen und Bürger flächendeckend mit einem Grundangebot gewährleisten können.

SOZIALDEMOKRATISCHE ANTWORTEN IN DEN KOMMUNEN

Wir benötigen für die Zukunft leistungsfähige Verkehrsträger mit einer hochwertigen, gut ausgebauten und in ihrer Unterhaltung auch finanziell gesicherten Infrastruktur und **Mobilität aus einem Guss, bei der sich die jeweiligen Verkehrsträger sinnvoll ergänzen**. Im Ballungsraum brauchen wir einen leistungsstarken öffentlichen Personennahverkehr, der auch von Land und Bund mit den notwendigen Mitteln ausgestattet wird. Neben dem Öffentlichen Personennahverkehr sollten intelligente Steuerungssysteme für den Verkehr im städtischen Raum entwickelt werden, um die begrenzten Kapazitäten optimal zu nutzen. In Großstädten muss die Infrastruktur auch den veränderten Lebensstilen angepasst werden. Häufig haben junge Menschen kein Auto mehr, sondern setzen auf eine Kombination aus Car-sharing, Fahrrad und Bus bzw. Bahn.

Für den ländlichen Raum müssen die Verkehrsträger stärker verzahnt werden, um das Umsteigen von einem Verkehrsträger auf den anderen zu vereinfachen. Wir fördern den weiteren Ausbau von Park-and-Ride-Parkplätzen, denn im ländlichen Raum spielt der Individualverkehr eine größere Rolle als im Ballungsgebiet.

Der ländliche Raum ist in Hessen – bedingt durch den demografischen Wandel – mit besonderen Herausforderungen konfrontiert. Die Kommunen müssen darin unterstützt werden, ihren Bürgerinnen und Bürgern auch in Zukunft eine bedarfsgerechte Mobilität zu ermöglichen. Mobilität ist auch der Motor von Beschäftigungspolitik im ländlichen Raum. Darüber hinaus ist es unabdingbar, dass es **auch in den Abendstunden und am Wochenende ermöglicht wird, mit Hilfe der öffentlichen Verkehrsmittel an sein Ziel zu kommen**. Wir wollen mit den Verkehrsunternehmen Konzepte für Bürgerbusse unterstützen, Anreize zum Carsharing geben und alternative Mobilitätsangebote wie Anruf-Sammel-Taxis sowie Multibusse, d.h. Nahbussysteme, für den ländlichen Raum etablieren.

11. UNSERE POLITIK FÜR ENERGIE, UMWELT UND DASEINSFÜRSORGE DEZENTRALE ENERGIEWENDE UND WERTSCHÖPFUNG VOR ORT

Die Energiewende ist mittlerweile auch in Hessen in vollem Gange. Die SPD im Land und in den Kommunen fungiert als Motor für den energiepolitischen Fortschritt. Für uns ist die Umstellung von fossiler auf erneuerbare Energie zum Schutz von Klima und Umwelt nur eine Seite der Medaille. Mindestens genauso wichtig stellt sich die wirtschaftspolitische Bedeutung für die Kommunen dar. Entscheidend dafür, dass die Kommunen von der Energiewende profitieren können, ist, dass die Erzeugung der erneuerbaren Energien dezentral erfolgt. Dafür ist die Windkraft im Binnenland unverzichtbar. Wir stehen dazu, dass zwei Prozent der Landesfläche als Vorranggebiete im Konsens in der Region ausgewiesen werden.

Bei einer dezentralen Energiewende kommt den Kommunen, Stadtwerken und kommunalen Regionalversorgern sowie der mittelständischen Wirtschaft eine Schlüsselrolle zu. Insbesondere die Kommunen können durch eine intelligente Energiewende **neue Einnahmequellen für ihre meist klammen Kommunalhaushalte** erschließen: Wird Energie vor Ort erzeugt, kommen Städten und Gemeinden Steuereinnahmen zugute. Werden kommunale Grundstücke und Gebäude für Energieerzeugung genutzt, erzielen sie nicht unerhebliche Pachteinnah-

men. Wir wollen zudem, dass Anrainerkommunen von Windkraftflächen im Hessenforst von den Einnahmen profitieren und – wie etwa in Rheinland-Pfalz – mindestens 30% von der Pacht erhalten.

Mit Stadtwerken, Stadtwerkebündnissen und Regionalversorgern haben wir den Schlüssel zur Umsetzung einer dezentralen Energieversorgung. Die Wertschöpfung bleibt in der Region und mit vielen neuen Energieerzeugern werden wir unabhängiger von den großen Energieversorgern und schaffen eine Demokratisierung der Energiewirtschaft. Dazu kann die kommunale Übernahme der Ortsverteilnetze (Rekommunalisierung) gehören.

Je mehr Energie dezentral und verbrauchsnahe produziert wird, desto weniger stark müssen die Übertragungsnetze ausgebaut werden. Für den Aus- und Neubau der Übertragungsnetze fordern wir effektiven Schutz der Bevölkerung. Wir setzen uns gegenüber der Landesregierung dafür ein, die Abstände zur Wohnbebauung in Hessen – so wie in Niedersachsen – auf 400 Meter verbindlich festzuschreiben. Auch in Hessen müssen Erdkabelabschnitte zur Erprobung dieser Technologie zum Einsatz kommen. Die Anrainerkommunen sind beim Bau von Stromtrassen dauerhaft angemessen zu entschädigen.

Wir wollen auf Landesebene die Voraussetzung dafür schaffen, dass die wirtschaftliche Betätigung der Kommunen weiter erleichtert wird, sodass im Bereich der Daseinsvorsorge Städte, Gemeinden und Kreise noch unkomplizierter aktiv werden können. Wir wollen die Voraussetzung für die Kommunalaufsicht schaffen, damit diese es auch finanzschwachen Kommunen ermöglichen kann, sich an Energieversorgungsunternehmen und Windkraftprojekten zu beteiligen. Dies sind sichere Investitionen, die langfristig dafür sorgen, dass dauerhaft verlässliche Einnahmen erzielt werden können. Wir wollen den Kommunalen Finanzausgleich (KFA) so ändern, dass Einnahmen, z.B. aus der Windkraft, nicht zu entsprechend geringeren Zahlungen aus dem KFA füh-



ren. Engagement muss belohnt und darf nicht bestraft werden.

Wir lehnen die Suche und Förderung von Erdgas mittels der umweltgefährdeten Frackingtechnologie in unseren Kommunen ab.

Wir wollen die **Einrichtung kommunaler Energieberatungsagenturen** bzw. die Einstellung von zertifizierten kommunalen Energieberatern fördern. Sie sollen Beratungsleistung für Bürgerinnen/Bürger, Unternehmen und Politik erbringen. Neben Fragen der Energieerzeugung sollte die Energieeffizienz und Energieeinsparung im Mittelpunkt stehen. Seine Bau- und Sanierungs- sowie Förderberatung muss dabei im Vordergrund stehen.

Die Energiewende gelingt nur mit und nicht gegen die Bürgerinnen und Bürger. Wir wollen daher eine frühzeitige Information und Beteiligung. Akzeptanzkampagnen und Mediationsverfahren, wie sie die Hessen-Agentur für strittige Projekte anbietet, sollten von Kommunen und Bürgerinitiativen rechtzeitig abgerufen werden.

Die **Beteiligung von Bürgerinnen/Bürgern und Kommunen, insbesondere an Windkraftanlagen**, ist eine wichtige Voraussetzung für die Akzeptanz vor Ort. Der Genossenschaftsgedanke einer lokalen Finanzierung

passt hervorragend zur dezentralen Energieerzeugung. Beides schafft lokale bzw. regionale Wertschöpfung. Den Aufbau lokaler Energiegenossenschaften wollen wir deshalb fördern. Deren Engagement muss leichter und unbürokratischer ermöglicht werden.

Wir wollen der Energieeffizienz in Neubaugebieten wie auch bei Sanierungsvorhaben Priorität einräumen. Hier sind Contractingmodelle für die Kommunen sinnvoll.

Den Ausbau von Speichertechnologien unterstützen wir auch auf kommunaler Ebene. „Power-to-Gas“ und „Power-to-Heat“ sind Speichertechnologien der Zukunft, die für örtliche Stadtwerke schon heute interessant sind, ebenso wie die Elektromobilität. Beim Ausbau der Biogaserzeugung wollen wir den Schwerpunkt auf die Abfallverwertung legen.

Eine Privatisierung der Wasserversorgung lehnen wir ab. Trinkwasser ist Daseinsvorsorge und gehört dauerhaft in öffentliche Hand.

12. KOMMUNEN IN DER EINEN WELT KOMMUNEN WISSEN AM BESTEN, WIE KOMMUNE FUNKTIONIERT

Deutsche Städte und Gemeinden haben nach dem Zweiten Weltkrieg gezeigt, welche Kraft **Städtepart-**

nerschaften für die Aussöhnung und die Ausgestaltung des Vereinten Europas entwickelt haben. Diese Kraft heute weiterzuentwickeln, betrachten wir als eine positive Herausforderung in unserer Verantwortung für die Menschen des globalen Südens. In ihrer Millenniumserklärung haben die Vereinten Nationen den Kommunen einen festen und wichtigen Platz im Kampf gegen Ungerechtigkeit, gegen Armut und Hunger in der Welt eingeräumt. Bereits heute gibt es Kommunen in Hessen, die sich dieser Herausforderung stellen.

AUFBAU UND ORGANISATION VON KOOPERATIONEN UND PARTNERSCHAFTEN

Wir brauchen in den Kommunen Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner, die den Prozess z.B. zur Fairtrade-Kommune oder Millenniums-Kommune begleiten und unterstützen. In Hessen leben viele Migrantinnen und Migranten, die Experten und Vermittler für ihre Länder und Kulturen sind. Wir laden sie ein, gemeinsam mit uns Brücken für diese neuen Partnerschaften zu bauen.

FAIRTRADE-STADT

Die Globalisierung bestimmt unser Leben – positiv wie negativ. Wir wollen Kinder und Jugendliche darauf vorbereiten und ihnen Bildung als Rüstzeug mitgeben, um damit Globalisierung nicht nur als Bedrohung, sondern auch als Chance wahrzunehmen. Dies kann schon in der Kindertagesstätte beginnen und über die Schule hinausgehen. Kommunen können hierbei in Zusammenarbeit mit Eine-Welt-Initiativen, Eine-Welt-Läden oder auch Kirchengemeinden Scharnier sein hin zu allen Bürgerinnen und Bürgern. Als Fairtrade-Stadt können sich Kommunen und Bürgergesellschaft gemeinsam für bessere Lebensverhältnisse der Partner engagieren. Auch das öffentliche Beschaffungswesen lässt sich fair und solidarisch gestalten. Soziale und ökologische Faktoren gehören dazu.

13. UNSERE POLITIK FÜR DEN LÄNDLICHEN RAUM ZUKUNFT UND TRADITION VERBINDEN

Der ländliche Raum in Hessen ist lebenswert, er hat viele Eigenheiten, die ihn besonders machen. Er stellt Lebensmittelpunkt für einen großen Teil der hessischen Bevölkerung dar, im ländlichen Raum finden sich Wirtschaft und Arbeit. Die Verbundenheit vieler Menschen mit ihrer Gemeinde, mit ihrem Dorf ist hoch. Viele Menschen leben gern auf dem Land und wollen dies auch in Zukunft tun. Sie engagieren sich für ihre Heimat, ihre Region, für ihr Lebensumfeld. Ohne dieses Engagement wäre der ländliche Raum um vieles ärmer. Die Schaffung gleichwertiger Lebensbedingungen in allen Teilen des Landes Hessen ist und bleibt eine Aufgabe sozialdemokratischer Landes- und Kommunalpolitik.

DORFENTWICKLUNG

Wir setzen uns dafür ein, die Dorferneuerung als zentrale Unterstützungsleistung ländlicher Räume beizubehalten. Denn **Dorferneuerung ist zu einem guten Teil auch regionale Wirtschaftsförderung**. Jeder eingesetzte Euro öffentlicher Mittel löst vier bis fünf Euro an privaten Investitionen aus. Die Absenkung der kommunalen Förderquote in der Dorferneuerung ist rückgängig zu machen, um den kommunalen Handlungsspielraum in der Dorferneuerung durch die Umsetzung von einem Mehr an

Projekten zu erhöhen. Die Kombination mit anderen Förderprogrammen, so beispielweise der LEADER-Förderung, aber auch Möglichkeiten der Integrationsabgabe zur Schaffung von inklusiven Arbeitsplätzen ist zu verbessern.

BILDUNG VON ANFANG AN

Individuelle Förderung und Integration statt Auslese sind wichtige sozialdemokratische Bildungsziele. Integrative Schulsysteme, die möglichst **wohnortnah bestmögliche Bildungsangebote vorhalten**, gleiche Bildungschancen für Kinder und Jugendliche in der Stadt und auf dem Land gewährleisten und ihnen ihren Bildungsweg bis zum Abitur offen halten, sind hier der richtige Weg. Leitgedanke sozialdemokratischer Bildungspolitik ist daher, sinkende Schülerzahlen nicht zu Einsparungen im Bildungsbereich zu nutzen, sondern auch weiterhin in die Qualität des Schulsystems vor Ort zu investieren und für kleinere Klassen zu sorgen.

Die Unterstützung von Hochschulangeboten im ländlichen Raum muss gleichfalls Aufgabe einer modernen sozialdemokratischen Bildungspolitik sein. Nicht das Abziehen von jungen Menschen aus dem ländlichen Raum, sondern das Hinbringen von Bildungsangeboten ist die Antwort, um Fachkräftepotenzial und Fachwissen gerade dort zu erhalten.

MOBILITÄT IM LÄNDLICHEN RAUM

Mobilität ist damit einer der entscheidenden Faktoren für die Entwicklungsfähigkeit ländlicher Räume. Es ist somit notwendig, der Ausdünnung der öffentlichen Verkehre in der Fläche entgegenzuwirken, den ÖPNV attraktiv auszugestalten, innovative Lösungen zu integrieren und die Vernetzung der verschiedenen Verkehrsträger im Sinne integrierter Gesamtverkehrssysteme voranzutreiben. **Der Erhalt eigenständiger Verkehrsverbände** ist



dabei ein Eckpfeiler landes- und kommunalpolitischer Verkehrspolitik: die Probleme vor Ort zu kennen, darauf reagieren zu können und Verbesserungen, an den Bedürfnissen ausgerichtet, vorzunehmen. Dies können keine zentralisierten Verkehrsverbände, die den Fokus auf großstädtischen Verkehr haben.

Zu einer bedarfsgerechten Mobilität im ländlichen Raum gehört aber auch die Aufrechterhaltung des Individualverkehrs. Hierzu sind Verkehrsverbindungen, die Pendlern in annehmbaren Zeiten Erreichbarkeiten ermöglichen, ebenso unverzichtbar wie die Anbindungen an die überregionalen Verkehrsnetze.

ORTSNAHE GESUNDHEITSVERSORGUNG SICHERSTELLEN

Der notwendige Abbau von Überversorgung in Ballungsgebieten, die Beseitigung von Unterversorgung in ländlichen Regionen und die bedarfsgerechte, an demografische Entwicklungen angepasste Versorgungssteuerung durch die mit der Sicherstellung der ambulanten Ver-

sorgung beauftragten kassenärztlichen, kassenzahnärztlichen und psychotherapeutischen Vereinigungen können nur in enger Kooperation mit kommunalen Entscheidungsträgern gelingen. Das gilt auch für die dem Land obliegende Planung der stationären Versorgung. **Wir wollen, dass Krankenhäuser verstärkt zu Gesundheitszentren werden, um den Mangel an Arztpraxen auf dem Land abzufedern.**

BREITBANDZUGANG ALS PFLICHT

Die Versorgung ländlicher Räume mit leistungsfähigem Breitband ist ein herausgehobenes Ziel, denn es bestimmt die wirtschaftlichen Entwicklungsmöglichkeiten und wird immer stärker auch als Teil von Lebensqualität interpretiert. Beispielhaft ist der Weg vieler SPD-geführter hessischer Landkreise, **den Ausbau eines glasfaserbasierten Breitbandnetzes** selbst in die Hand zu nehmen und Hilfe zur Selbsthilfe zu bieten, solange große Konzerne nur auf Rosinenpickerei blicken und periphere ländliche Räume ausgrenzen. Sozialdemokratische Kommunalpolitik heißt auch: Wir hängen keinen ab.

VER- UND ENTSORGUNG

Gerade bei sinkenden Einwohnerzahlen muss die Infrastruktur im Bereich der Ver- und Entsorgung angepasst werden. Insbesondere im Bereich der Abwasserentsorgung ist eine Überarbeitung der Eigenkontrollverordnung notwendig. Gerade hier bedarf es einer dringenden **Überprüfung des Anschlusszwangs** für abgelegene Einzelgebäude im Außenbereich. Lokale, dezentrale Lösungen wie biologisch arbeitende Kläranlagen können hier sinnvolle Alternativen darstellen.

LÄNDLICHE WIRTSCHAFT UND ARBEITSPLÄTZE UNTERSTÜTZEN

Die Wirtschaft in den ländlichen Räumen in Hessen ist vielfältig und durch das unternehmerische Engagement kleinerer und mittlerer Unternehmen geprägt. Land- und Forstwirtschaft sind wichtige Partner – besonders bei der Entwicklung ländlicher Räume. Die Direktvermarktung und der Ausbau der Wertschöpfung im ländlichen Raum werden durch sozialdemokratische Politik forciert und vorangebracht.

Wirtschaftliche Entwicklung wird in ländlichen Räumen weitgehend aus dem Unternehmensbestand heraus getragen, die „Bestandspflege“ und die Bereitstellung möglichst optimaler Rahmenbedingungen sind damit ein wichtiges Ziel.

Die Wirtschaft im ländlichen Raum steht heute vor zahlreichen Herausforderungen. Die Abwanderung von qualifizierten Fachkräften, nicht gesicherte Unternehmensnachfolge sowie geringeres Gründungsgeschehen machen eine fokussierte Wirtschaftsförderung in ländlichen Räumen notwendig. Notwendig ist die Gründungsbereitschaft gerade in ländlichen Räumen durch Gründungsoffensiven, eine Intensivierung und Vernetzung von Beratungsangeboten und die gezielte Unterstützung der KMU durch die Bereitstellung einschlägiger Förderinstrumente.

Eine besondere Bedeutung haben aber auch Arbeitsplätze in öffentlichen Unternehmen sowie in Kommunal- und Landesverwaltungen. Deshalb muss der **Abzug und die Verringerung von Landesverwaltungseinheiten hin in die Zentren des Landes beendet** werden.

CHANCEN DER ENERGIEWENDE NUTZEN

Steigende Energiekosten treffen Menschen auf dem Land besonders stark. Zum einen sind aufgrund größerer räumlicher Entfernungen die Mobilitätsanforderungen höher, auf ein Auto kann seltener verzichtet werden. Zum anderen führen die Siedlungsstruktur und der Gebäudebestand dazu, dass die Menschen auf dem Land mit höheren Kosten für Energie belastet sind. Die ländlichen Räume verfügen über hohe Potenziale, um **regionale Wertschöpfung durch eine Umsteuerung hin zu erneuerbaren Energien zu ermöglichen**. Als waldreichstes Bundesland und mit seinen landwirtschaftlichen Flächen ist hier die Bioenergie im intelligenten Mix von Sonnen-, Wind- und Wasserkraft zu nennen.

Gerade in ländlichen Räumen bestehen gute Chancen, zu dezentralen, autarken und/oder CO₂-neutralen Lösungen der Energieversorgung zu gelangen. Biogas-, Holzhackschnitzel- und Pelletanlagen in Kombination mit Nahwärmenetzen vermindern den Einsatz von fossilen Energieträgern und sind im ländlichen Raum von hoher Effizienz.

TOURISMUS FÖRDERN

Tourismus ist für das Land Hessen ein wichtiger Wirtschaftsbereich und wirtschaftliche Grundlage für ca. 200.000 Arbeitsplätze in Vollzeitäquivalenten und 4,8 Milliarden Euro Umsatz. Vom Tourismus können auch die ländlichen Räume Hessens profitieren, denn Tourismus in Hessen konzentriert sich neben den Städten besonders auf Mittelgebirgsregionen, Weinbaugenden

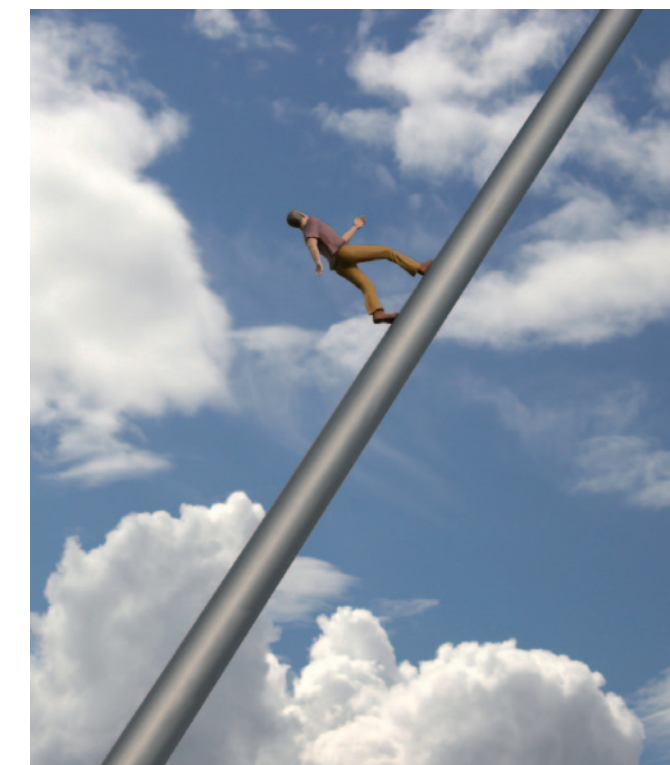
und die hessischen Städte. „Wellness, Gesundheit, Erholung“ liefern gute Ausgangsbedingungen für eine touristische Entwicklungsstrategie für den ländlichen Raum. **Eine Wirtschaftspolitik, die auf den Bereich Tourismus ausgerichtet ist, ist für ländliche Räume mit hohen touristischen Potenzialen aktive Strukturförderung**. Der gesundheitsbezogene Tourismus bietet sich dabei, neben Chancen, die für ländliche Regionen im Ausbau des naturgebundenen Tourismus (Reiten, Wandern, Nordic Walking, Wassertourismus) liegen, auch als Strategiefeld an.

14. UNSERE KULTURPOLITIK KULTURPOLITIK STIFTET KOMMUNIKATION, IDENTITÄT UND GEMEINSCHAFT

Das kulturelle Leben und das kulturelle Angebot in den Kommunen leisten einen maßgeblichen Beitrag zur Lebensqualität der Bevölkerung, zur regionalen Wirtschaft und zur Attraktivität der Städte, Gemeinden und Regionen. Kultur gehört zur Grundversorgung und ist ein wichtiger Teil der Daseinsvorsorge einer Kommune. **Wir setzen uns dafür ein, dass jede Kommune einen kommunalen Kulturatlas erstellt, um über diese Bestandsaufnahme die Qualitätssicherung der Kulturarbeit zu sichern**. Ferner wollen wir die Kulturpolitik auch in der Hessischen Verfassung verankern.

KULTUR NICHT ZUM FINANZIELLEN STEINBRUCH WERDEN LASSEN

Die hessischen Kommunen stehen unter einem erheblichen finanziellen Druck. Wir fordern die Landesregierung auf, ihre Unterstützung für Jugendmusikschulen, die Soziokultur und die staatlichen und nichtstaatlichen Museen deutlich zu verbessern und an den Förderungen, die in anderen Bundesländern üblich sind, zu orientieren.



KULTUR FÜR ALLE ERLEBBAR MACHEN

Wir wollen **Kultur für alle Bevölkerungsschichten erlebbar machen**, auch für diejenigen, die von ihrer Sozialisation und ihren Lebensverhältnissen einen erschwerten Zugang dazu haben. Deshalb legen wir Wert auf die Vermittlung, die Verbindung und die Vernetzung von kommunaler Kulturpolitik mit der Bildungspolitik und auf die Einrichtungen der Volksbildung. Dazu zählen Volkshochschulen, Büchereien und Museen in besonderem Maße. Diese wollen wir stärker unterstützen und den

Zugang zu Wissen und Kultur für möglichst alle Bürgerinnen und Bürger schaffen.

ELEMENTE EINER SOZIALDEMOKRATISCHEN KULTURPOLITIK

Kinder und Jugendliche sind eine wichtige Zielgruppe in der kommunalen Kulturpolitik. Wir wollen mit Zielvereinbarungen dazu beitragen, ihnen eine möglichst vielfältige ästhetische Bildung zu ermöglichen.

Die Kulturarbeit für Kinder und Jugendliche in der offenen Arbeit, in der Arbeit der Jugendbildungswerke und in anderen Bildungseinrichtungen muss ausgebaut werden. Kinder und Jugendliche brauchen für ihre Entwicklung Freiräume, die sie im bestehenden Bildungssystem nicht haben. Wir wollen Anreize schaffen, mit kulturvermittelnden Angeboten diese Freiräume zu füllen. Dazu gehört die Leseförderung, die Musik-, Theater-, Medien- und die Museumspädagogik. Den Büchereien, Musikschulen und Museen vor Ort kommt dabei eine wichtige Aufgabe als Ort der Begegnung, des Austauschs und der Förderung zu.

Die Kultur im öffentlichen Raum gibt Impulse in die Gesellschaft. Darüber hinaus stellt sie einen wichtigen Faktor in der kommunalen Wirtschaft dar. Zielgruppen- und stadtteilorientierte Angebote im Sinne von Breitenkultur sind wichtig, da sie den Zugang zum kulturellen Angebot erleichtern.

Lebensbegleitendes Lernen, sich Inhalte gemeinsam erarbeiten, niedrigschwellig neue Einblicke in Kulturen und Themen erhalten sind die Aufgaben der Volkshochschulen, der Seniorenakademien und Volksbildungsvereine vor Ort. Diese wollen wir erhalten und ihre Angebote ausbauen.

Kultur lebt vom Austausch. Wir wollen Rahmenbedingungen oder Anlässe für den besseren Austausch von

Kulturproduzenten und -konsumenten schaffen, die Bedingungen von Künstlerinnen und Künstlern verbessern und die Bevölkerung zu kultureller Eigeninitiative aktivieren. Dazu gehören die **Schaffung von Arbeitsräumen (Proberäume, Ateliers etc.)** und die **Auslobung von kommunalen Preisen** für Künstlerinnen und Künstler.

Kultur ist in den meisten Fällen auch ein regionales Ereignis. **Interkommunale Kooperationen erleichtern vielfach die Finanzierung** und erreichen mehr Menschen, auch über die eigene Stadtgrenze hinaus. Wir unterstützen die regionalen Kulturkooperationen (z.B. Kultursommer Süd-, Nord-, Ost- und Mittelhessen, Kulturregion FrankfurtRheinMain) und die kulturellen Ereignisse, die über die Grenzen der eigenen Kommune hinaus Wirkung entfalten.

Kommunale Kulturpolitik kann und muss Räume zu aktivem Erleben von Kunst in all ihren Formen, zum gemeinsamen kreativen Schaffen und zu direkter Kommunikation frei von ökonomischen Zwängen, bieten. Die kommunalen Kulturinstitutionen spielen hierbei eine wichtige Rolle. Theater, nichtkommerzielle Galerien und Museen ermöglichen die Begegnung mit der Kunst und Kultur in ihren historischen und aktuellen Erscheinungsformen.

Städtische Kulturarbeit, Volkshochschulen, Stadtbüchereien, Stadtarchive und Stadtteilzentren machen Angebote zu eigenem kreativen Schaffen. Neben den Angeboten der „Hochkultur“, die für breite Bevölkerungsschichten attraktiv gestaltet sein müssen, **setzt sich die SPD für ein vielfältiges Angebot der „Breitenkultur“ ein, die zur aktiven Beteiligung einlädt.**

Kultur für alle ist ein wichtiger Baustein sozialer Gerechtigkeit. Wir fühlen uns dazu verpflichtet, Inhalten und Formen von Kultur eine Chance zu geben, die sich in der ausdehnenden Medienwelt behaupten muss. Darüber hinaus ist Kultur ein Instrument, die Identifikation der Menschen mit ihrer Gemeinde zu stärken.

15. UNSERE POLITIK FÜR SPORT UND EHRENAMT VEREINE UND PERSÖNLICHES ENGAGEMENT UNTERSTÜTZEN

Sport bringt Lebensqualität, Lebensfreude sowie Gesundheit und führt Menschen zusammen. Für Kinder und Jugendliche sind Bewegung, Spiel und Sport unerlässlich für ihre gesamte Persönlichkeitsentwicklung. Sport im Verein ist wichtig für die Kultur des Zusammenlebens und hilft bei der Integration.

KOMMUNALE SPORTFÖRDERUNG NACHHALTIG SICHERN

Aus der mangelhaften Unterstützung durch das Land für die Kommunen erwachsen teils existenzbedrohende Belastungen für Sportvereine und Verbände in Hessen. Wir möchten deshalb dafür sorgen, dass die finanziellen Rahmenbedingungen für ein lebendiges und ausgewogenes Sportangebot zukünftig besser gesichert werden.

SERVICE UND ANERKENNUNG FÜR DIE SPORTVEREINE UND DAS EHRENAMT

Tausende Menschen in Hessen machen sich mit unzähligen ehrenamtlichen Arbeitsstunden um den Sport

verdient. Sie leisten damit einen aktiven Beitrag zum Erhalt des Vereinslebens und einer lebendigen Bürgergemeinschaft in unserem Bundesland. Ihr Engagement gilt es zu würdigen und zu unterstützen, indem die notwendigen Rahmenbedingungen seitens der Kommune geschaffen werden.



Dazu können u.a. **kommunale Servicestellen für den Sport** gehören, die von Information und Beratung über Fortbildungsangebote bis zur Vermittlung in Ehrenamtsbörsen Hilfen aus einer Hand bieten, genauso wie die Einrichtung eines „Sorgentelefon“ für Vereine.

Wir fördern motivierende **Personal- und Organisationsentwicklungsmaßnahmen und Weiterbildung für Aktive in den Vereinen.** Wir unterstützen die Einbindung des Sports in das kommunale Weiterbildungsangebot (z.B. Kooperationen mit Volkshochschulen, privaten Bildungsträgern, Stiftungen, Bildungswerken etc., „Akademie vor Ort“), die Gründung von Netzwerken zur Vermittlung und Förderung von freiwilligem Engagement (z.B. Ehrenamtsagenturen oder Freiwilligenbörsen) und die Durchführung von Stadt- und Kreisforen mit über-

greifenden Themen sowie von Projekttagen für Vereine mit allgemeiner und spezieller Beratung.

Wichtige Elemente der Förderung des ehrenamtlichen Engagements sind für uns die Anerkennung durch Ehrungen, Einladungen zu **politischen und kulturellen Veranstaltungen und Umsetzung der Möglichkeiten der „Jugendleiter-Card“**. Bürokratische Anforderungen müssen Rücksicht auf begrenzte Ressourcen des Ehrenamts nehmen und auf das notwendigste Maß reduziert werden. Hilfen für die Verwaltung der Vereine gehören zum kommunalen Service für das Ehrenamt.

INTEGRATION UND GESELLSCHAFTLICHE TEILHABE GEZIelt ÜBER DEN SPORT UND DIE VEREINE FÖRDERN

Sport führt Menschen zusammen. Im Sportverein, beim Training und in der Mannschaft ist Integration gelebter Alltag. Wir wollen dabei gleichzeitig versuchen, die Öffnung der Sportvereine für benachteiligte und im Sport bisher unterrepräsentierte Gruppen anzuregen sowie eine stärkere Nutzung des Sports und seiner Möglichkeiten in der Sozialpolitik zu verankern.

Wir fördern soziale Integration im Breiten- und Gesundheitssport durch Netzwerke mit allen Akteuren in der Kommune, die sich mit den zentralen Integrationsfragen befassen, Entwicklung spezieller Kurse und Sportgruppen mit der Zielsetzung sozialer Integration und Sensibilisierung der Übungsleiterinnen/-leiter für die jeweiligen Zielgruppen und Unterstützung der Übungsleiterinnen/-leiter bei dieser anspruchsvollen Aufgabe durch Weiterbildungsangebote, Beratung durch Experten und Supervision und zusätzliche Unterstützung für Vereine, die an Integrationsprojekten oder der Flüchtlingshilfe mitwirken. Soziale Integration ist eine ausdrücklicher Zielsetzung unserer Sportpolitik. Wir streben ein umfassendes kommunales Konzept für Integration durch Sport an.

SPORT, SPIEL UND BEWEGUNG BEI KINDERN UND JUGENDLICHEN STÄRKEN

Sport bleibt weiterhin die wichtigste Freizeitbeschäftigung von Kindern und Jugendlichen. Für die meisten Jungen und Mädchen ist er lebenswichtig für die Erfüllung körperlicher, seelischer und sozialer Bedürfnisse. **Die Förderung der Jugendarbeit in den Vereinen, aber auch von Sportangeboten außerhalb der Sportvereine hat für uns Vorrang in der kommunalen Sportförderung. Spiel, Sport und Bewegung wollen wir schon in unseren Kitas fest verankern.** Wir wollen, dass der positive Effekt sportlicher Aktivität auf die Persönlichkeitsentwicklung allen Kindern und Jugendlichen zugute kommt.

Die **Förderung der Zusammenarbeit von Schulen und Sportvereinen**, wie etwa Kooperationsprojekte im Breitensport und bei der Talentförderung, wollen wir ausbauen. Die bewegungsfreundliche Gestaltung der Pausenhöfe an den Schulen werden wir fortführen.

Viele Sportvereine sehen ihre Jugendarbeit durch das „Turbo-Abitur“ G8, den damit verbundenen Ausbau des Nachmittagsunterrichts sowie den generellen Trend zu mehr Ganztagsangeboten erschwert. Zudem sei der Zugriff auf Sporthallen eingeschränkt. Wir wollen deshalb durch neue Kooperationsformen zwischen Schulen und Sportvereinen versuchen, Kinder und Jugendliche an das örtliche Sportangebot heranzuführen und räumliche Engpässe zu überwinden.

Nicht zuletzt aus präventionspolitischen Gründen wollen wir einen Schwerpunkt auf die kommunale Förderung des Kinder- und Jugendsports legen. Der Sport kann zwar Arbeitslosigkeit, Bildungsdefizite oder schlechte Wohnverhältnisse nicht verhindern, aber er kann das Selbstvertrauen benachteiligter Kinder und Jugendlicher stärken und vielen Jugendlichen mit schlechten Startbedingungen den Weg zu einem selbstbestimmten und verantwortungsbewussten Leben erleichtern.

GUTE SPORTINFRASTRUKTUR UND NACHHALTIGE SPORTENTWICKLUNG

Eine funktionsfähige, ansprechende Infrastruktur ist Basis des Breiten- wie des Spitzensports. Multifunktionalität, energiesparende Maßnahmen und ggf. orts- und kreisgrenzenübergreifende Nutzungskonzepte (vor allem bei Bädern) sind dabei zentrale Leitlinien bei Modernisierungen oder notwendigen Neubauten. **Die grundsätzlich unentgeltliche Überlassung kommunaler Kernsportstätten an die Vereine** für den Übungsbetrieb ist nach wie vor wesentlicher Teil sozialdemokratischer Sportförderung. Dabei wird es zunehmend nötig sein, dass die Träger z.B. durch die Übernahme der Schlüsselgewalt oder auch durch Beiträge zu den Energiekosten entlastet werden. Vereine mit eigenen Anlagen sollen sowohl bei den Investitionen als auch bei der Unterhaltung unterstützt werden.

Die Kommunalpolitik kann auch neue Räume für den Sport erschließen. Hierzu gehören ein **bewegungsfreundliches Wohnumfeld** mit Gelegenheiten z.B. für Streetball und Skateboard, die Organisation von Bewegungsanlässen (Lauffreizevents, Inlineskate-Events u.a.) und die Anlage von Wegenetzen in der Landschaft, z.B. Radwanderwege, Langlaufloipen oder Inliner-Strecken.

FREIWILLIGE FEUERWEHREN FÖRDERN UND VON UNNÖTIGEN AUFGABEN ENTLASTEN

Die über 72.500 ehrenamtlich Tätigen in den Freiwilligen Feuerwehren leisten einen hervorragenden Dienst und gewährleisten den flächendeckenden Brand- und Katastrophenschutz in Hessen. Sie erfüllen für die Kommunen den gesetzlichen Auftrag. Zunehmend stehen die Gewinnung von Nachwuchskräften sowie die Entlastung der Aktiven im Mittelpunkt der Aufgabenstellung der Freiwilligen Feuerwehren. Die Kommunen sollten daher die **ehrenamtlich Tätigen durch die Bereitstellung personeller Ressourcen aus den Verwaltungen – oder auch**

interkommunal – entlasten. Auch sollten hauptamtliche Kräfte aus den Feuerwehren dazu dienen, interkommunal oder sogar auf Kreisebene Wartungs- und routinemäßige technische Betreuungsaufgaben auszuführen, um die Arbeitsbelastung vor Ort zu verringern.

16. BÜRGERBETEILIGUNG UND PARTIZIPATION MEHR MITSPRACHE ZWISCHEN DEN WAHLTERMINEN

Bürgerinnen und Bürger haben zu Recht zunehmend höhere Erwartungen bezüglich Transparenz, Information und Kommunikation bei politischen Prozessen und möchten mehr Einfluss auf politische Entscheidungen nehmen. Diesem Bedürfnis muss besonders die Kommunalpolitik nachkommen und Bürgerinnen und Bürger direkter an der politischen Willensbildung partizipieren lassen. **Unser Ziel ist es, Bürgerinnen und Bürger, Entscheidungsträger und weitere Akteure im politischen Prozess zusammenzubringen, um eine gemeinschaftliche Willensbildung – möglichst im Konsens – herbeizuführen.** So kann Bürgerbeteiligung die langfristige Akzeptanz politischer Entscheidungen sichern und auch die Einstellung gegenüber Politik verbessern. Partizipation an politischen Entscheidungen trägt damit auch zur Stärkung der demokratischen Prinzipien bei.



IN BETEILIGUNGSPROZESSE AUCH POLITIKFERNE GRUPPEN EINBINDEN

Besonderes Augenmerk richten wir dabei auf Menschen, die bisher aufgrund ihrer sozialen Herkunft und ihres Bildungsgrads meistens nicht am politischen Diskurs beteiligt sind. Bürgerbeteiligungsprozesse sind kein Politikmarketing, sie sollten weder reine Informationsveranstaltungen oder Anhörungen noch pseudopartizipative Verfahren sein, an denen sich ausschließlich Interessengruppen und/oder Lobbyisten beteiligen – sie müssen Prozesse sein, bei denen Menschen verschiedener Milieus, Kulturen und Altersgruppen aufeinandertreffen.

Wünschenswert ist es, eine gezielte Nachrekrutierung zu ermöglichen, um eine gewissermaßen repräsentative Teilnehmerzusammensetzung und damit einen Querschnitt der jeweiligen Kommune im Beteiligungsprozess zu ermöglichen. Des Weiteren ist es wichtig, Beteiligungsformate zu finden, bei denen sichergestellt

wird, dass alle Beteiligten auf Augenhöhe miteinander diskutieren und nicht nur die „Dauersprecher“, sondern alle zu Wort kommen können.

VERFAHRENSTRANSparenZ SCHAFFT BETEILIGUNG

Entscheidend ist für uns, Bürgerbeteiligung nicht als Spielwiese zu begreifen, auf der sich Bürgerinnen und Bürger auf einem „Nebenkriegsschauplatz“ bei eher weniger bedeutsamen Themen austoben dürfen – das führt letztlich zu enttäuschter Abwendung. Dagegen ist es wichtig, Bürgerinnen und Bürger von der Relevanz und der Sinnhaftigkeit der zu treffenden Entscheidung zu überzeugen, damit sie sich bei einem Beteiligungsprozess einbringen. Dazu gehört eine klar strukturierte Vorgehensweise, die sich in drei Phasen aufteilt: erstens Information – auch über Prozessgestaltung sowie Zeitplan –, zweitens aktive Partizipation und drittens abschließende Dokumentation. Bereits im Vorfeld eines

Beteiligungsprozesses ist eine Klärung darüber herbeizuführen, was mit den Ergebnissen nach Abschluss des Prozesses geschehen wird („Wirksamkeitserleben“).

Naturgemäß beteiligen sich an Beteiligungsprojekten weniger Bürgerinnen und Bürger als an Parlamentswahlen, selbst als an Kommunalwahlen. Insofern stellt sich die Frage der Legitimität von Entscheidungen aus solchen Projekten. Daher muss deutlich gemacht werden, dass die abschließende Entscheidung bei vielen kommunalen Beteiligungsprozessen in der Gemeindevertretung, der Stadtverordnetenversammlung und dem Kreistag gefällt wird. **Bürgerbeteiligung ist kein Ersatz für die repräsentative Demokratie**, deren wichtigste Funktion es ist, Gemeinwohl gegen Partikularinteressen durchzusetzen, sondern Bürgerbeteiligung ist eine **wichtige Erweiterung**.

Politik und Verwaltung müssen lernen, Bürgerbeteiligung als Bereicherung zu begreifen. Beteiligungsprozesse mobilisieren dezentrales Wissen für eine Entscheidungsfindung und können am Ende zu einer höheren Akzeptanz bei der Umsetzung von Maßnahmen führen. Davon profitieren letztlich alle, eben auch Politik und Verwaltung.

Eine neue Beteiligungskultur ist kein theoretisches Demokratieprojekt, sondern muss vor Ort funktionieren und praktikabel sein. Wichtige Voraussetzungen für erfolgreiche Bürgerbeteiligung sind Know-how (und damit verbunden Standards) und ein Budget. Dazu muss nicht überall das Rad neu erfunden werden: Organisationen und Institutionen wie die Bundeszentrale für Politische Bildung, die hessische Landeszentrale für politische Bildung, die Stiftung Mitarbeit, die Bertelsmann Stiftung, der Verein Mehr Demokratie e.V. und andere haben in zahlreichen Veröffentlichungen die verschiedensten Praxisbeispiele sowie Methoden und Leitfäden zusammengetragen und stehen auch mit Beratern und Coaches für Bürgerbeteiligungsprojekte in den hessischen Kommunen zur Verfügung.

17. UNSERE POLITIK FÜR SOLIDE KOMMUNALFINANZEN VORSORGENDE STATT ABGEHÄNGTE KOMMUNEN

Durch die kommunal- und bürgerfeindliche Politik der Landesregierung fehlen den hessischen Kommunen jährlich eine Milliarde Euro. Das führt zu einem kommunalen Investitionsstau von bisher etwa 15 Milliarden Euro. Diese Situation wollen wir nicht weiter hinnehmen. Wir wollen unser Leitbild der vorsorgenden Kommune realisieren.

Die Handlungsfähigkeit der Kommunen steht und fällt mit den finanziellen Rahmenbedingungen, die ihnen gerade von der Landesebene vorgegeben werden. Hier müssen wir feststellen: Das Land lässt seine Kommunen mehr und mehr im Regen stehen, entzieht sich seiner verfassungsrechtlich übertragenen Verantwortung und fordert zur Haushaltskonsolidierung die Erhöhung der kommunalen Gebühren und Steuern – auf Kosten der Bürgerinnen und Bürger.

Die hessische SPD und ihre kommunalpolitisch Aktiven fordern im Interesse unserer Kommune eine Überarbeitung des Kommunalen Finanzausgleichs (KFA), die die Finanzbeziehungen zwischen Land und Kommunen sowie zwischen den Kommunen endlich auf eine faire Grundlage hebt.

Trotz dieser schwierigen Rahmenbedingungen wird die SPD in den hessischen Städten, Kreisen und Gemeinden

mit allen Kräften dafür sorgen, dass die Kommunen nicht abgehängt werden. Wir werden es nicht zulassen, dass unsere Bürgerinnen und Bürger die Zeche für diese verfehlte Politik der Landesregierung tragen müssen. Wir wollen die anstehenden Aufgaben heute sozial und gerecht lösen und sie nicht der nächsten Generation aufbürden.

INTELLIGENT SPAREN: GEGEN EINE SOZIALE, ÖKOLOGISCHE UND ÖKONOMISCHE VERSCHULDUNG

Wir werden uns erfolgreich gegen den sozialen, ökologischen und ökonomischen Verfall der Kommune einsetzen. **Intelligent sparen bedeutet, notwendige Investitionen in die Zukunft zuzulassen.** Wir sprechen uns daher für eine verantwortliche Haushaltskonsolidierung aus, die die Zukunftsfähigkeit und den sozialen Frieden vor Ort bewahrt. Im Interesse unserer Bürgerinnen und Bürger werden wir die Landesregierung an dieser Stelle nicht aus ihrer Pflicht für die Kommunen entlassen.

Die zielgerichtete Förderung bürgerschaftlichen Engagements inklusive seiner Leistungsbereitschaft, seines Wissens und seiner Fähigkeiten kann zum Erhalt bestehender Angebote beitragen und zugleich die öffentliche Leistungserbringung flankieren, ohne dabei überfordert zu werden. Damit das gelingt, müssen finanzielle Freiräume erhalten bleiben, in denen Themen und Ideen vorangebracht und umgesetzt werden können. Deshalb steht für uns auch außer Frage, dass das bürgerschaftliche Ehrenamt nicht als kostenloser Ersatz für notwendige Verwaltungstätigkeiten ausgenutzt werden darf, sondern als gesellschaftliche Ergänzung des staatlichen Leistungsangebots zu unterstützen ist.

VERWALTUNGSORGANISATION OPTIMIEREN

Bevor es für die Bürgerinnen und Bürger zu direkt spürbaren Verschlechterungen der kommunalen Leistungs-

dichte und -fülle kommt, sind angemessene Instrumente der internen Aufgaben- und Organisationsgestaltung zu nutzen. Im Zuge der fortschreitenden technologischen Möglichkeiten setzen wir auf Service-Verbesserungen durch die Integration **von weiteren Online-Angeboten in den kommunalen Bürgerservice** und den damit verbundenen Ausbau des eGovernments. Dadurch kann ein Dreiklang aus hoher Verwaltungstransparenz, Kosteneffizienz und Leistungsverbesserung erreicht werden.

INTERKOMMUNALE ZUSAMMENARBEIT INITIIEREN

Noch längst werden nicht alle Gelegenheiten zur **kostensparenden Zusammenarbeit** zwischen den Kommunen ausgenutzt. Aufgabenfelder der Ver- und Entsorgung, des öffentlichen Personennahverkehrs, der Personalämter, Bauhöfe, Stadtkassen oder Steuerämter sind hier beispielhaft zu nennen. Neben einer Ausgabenreduzierung können zudem Synergien gebildet und genutzt werden, die gleichzeitig zu einem günstigeren und/oder breiteren Angebot führen.

EINNAHMEVERBESSERUNGEN ERMÖGLICHEN

Die Kommunen müssen stärker als bisher Einnahmen erwirtschaften können. Darunter fällt aus unserer Sicht die **Erweiterung des gesetzlichen Rahmens, in dem die Kommunen sich optimal wirtschaftlich betätigen können.** Insbesondere gilt dies für die Betätigungsfelder im Bereich Erneuerbare Energien, die Kommunen vielfältige Einnahmemöglichkeiten verschaffen können, und den öffentlich geförderten Wohnraum. Der öffentliche Wohnungsbau kann einen Beitrag dazu leisten, dass Wohnraum in Städten bezahlbar bleibt. Er kann den Kommunen eine Mittelquelle für weitere und dauerhafte Reinvestitionsmaßnahmen in seine (Wohn-)Infrastruktur, z.B. den sozialen Woh-

nungsbau oder die energetische Sanierung des Bestands bieten und schafft öffentliche Aufträge für regionale Unternehmen.

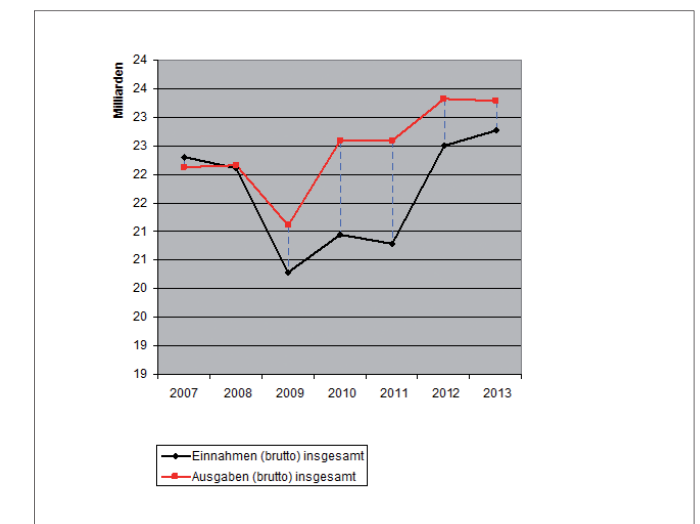
KEIN KURZSICHTIGES SPAREN BEI INVESTITIONEN IN DIE ZUKUNFTSFÄHIGKEIT

Als SPD stehen wir für Investitionen in Bildung, Integration und in die soziale Infrastruktur: Nur dadurch bewahren wir Menschen vor der Arbeitslosigkeit und sozialer Isolation, und nur so stellen wir sicher, dass die regionalen Unternehmen vor Ort qualifizierte Arbeitskräfte finden. Aber auch aus finanzieller Sicht haben wir ein Interesse daran, dass unsere vorsorgende Kommune nicht zu einer ausschließlich versorgenden Kommune werden muss. Damit bleibt sie als lebenswerter Wohnort für Familien und qualifizierte Menschen attraktiv. Sie sind die Grundlage für wirtschaftliches Wachstum. **Die zurückliegende Gebührenanhebungswelle im Nachgang des Innenminister-Erlasses bei den Kinderbetreuungsgebühren, der Grundsteuer, der Gewerbesteuer und weiteren Kommunalsteuern kann deshalb keine nachhaltige Lösung der kommunalen Finanzklemme sein.** Sparen ist kein Allheilmittel. Wir stehen für lebens- und lebenswerte Kommunen, die auch in der Lage sind, sinnvolle und notwendige Investitionen in unsere gemeinsame Zukunft zu tätigen.

NEUORDNUNG DER KOMMUNALFINANZEN

Weil das Land Hessen die kommunale Familie unzureichend finanziell unterstützt, übersteigen bei vielen Kommunen die notwendigen Ausgaben die jährlichen Einnahmen – und das trotz erheblicher Sparanstrengungen vor Ort! Insgesamt sind Hessens Kommunen um rund eine Milliarde Euro pro Jahr unterfinanziert. **Wir fordern daher einerseits die Rückkehr der Landesregierung zu einer kooperativen Partnerschaft zwischen Land und Kommunen,** andererseits sind landespolitische In-

itiativen für eine breitere Grundlage des Unternehmenssteuerrechts und eine Neuordnung der Gewerbesteuer zu starten. Damit kann das Ziel einer transparenten und konjunkturunabhängigeren Wirtschaftssteuer, auch für Freiberufler, erreicht werden. Ebenfalls sprechen wir uns für einen neuen Verteilungsschlüssel der Einnahmen aus der Mehrwertsteuer zwischen Bund, Land und Gemeinden zum Wohle der Kommunen aus. Wir rufen das Land dazu auf, einerseits die zurückliegenden rechtswidrigen Entnahmen aus dem Kommunalen Finanzausgleich in Höhe von 1,8 Milliarden Euro wieder in die kommunale Finanzausstattung zu überführen und andererseits die engen Fesseln der Haushaltsauflagen und des sogenannten Schutzschirms angesichts der nach wie vor hohen kommunalen Anstrengungen zur menschenwürdigen Unterbringung von Flüchtlingen anzuerkennen.



Hessens Kommunen vom Land strukturell unterfinanziert

IMPRESSUM

HERAUSGEBER

V.i.S.d.P.:

Nancy Faeser MdL, Generalsekretärin
SPD-Landesverband Hessen
Rheinstraße 22
65185 Wiesbaden
Telefon: (0611) 99977-0
Telefax: (0611) 99977-11
E-Mail: Landesverband.Hessen@spd.de

An der Erstellung der kommunalpolitischen Leitlinien wirkten federführend mit:

■ Gesamtleitung:

Nancy Faeser MdL (Generalsekretärin SPD Hessen),
Burkhard Albers (Vorsitzender SGK Hessen)

■ Leiter der thematischen Arbeitsgruppen:

Pascal Barthel, Christoph Degen MdL, Corrado Di Benedetto MdL, Felix Döring, Lisa Gnadl MdL, Timon Gremmels MdL, Andreas Güttler, Uwe Frankenberger MdL, Dr. André Kawai, Franz Josef Kemper, Katrin Kosub, Elke Kühnholz, Gerhard Merz MdL, Stefan Reuß, Siegfried Richter, Ernst Ewald Roth MdL, Günter Rudolph MdL, Manfred Schaub, Dr. Rüdiger Schlaga, Norbert Schmitt MdL, Anita Schneider, Peter Schöbel, Michael Siebel MdL, Monika Sperzel, Gisela Stang, Torsten Warnecke MdL

Redaktion:

Michael Fraenkel, Swen Klingelhöfer, Willy Carlos Witthaut, Martin Jagura, Robin Bierbrauer

LAYOUT & UMSETZUNG

STUBE text&design UG (haftungsbeschränkt),
Richard-Sorge-Straße 78 / 10249 Berlin
www.stube-td.de

DRUCK

Kreisdruck GmbH, Schultheißstr. 15 / 65191 Wiesbaden

BILDER

Titel oben links: © mojolo - Fotolia.com / oben rechts:
© anweber - Fotolia.com / unten: © Sergii Figurnyi
- Fotolia.com

Seite 4: © drubig-photo - Fotolia.com / Seite 6:
© Syda Productions - Fotolia.com / Seite 9:
© Tyler Olson - Fotolia.com / Seite 10: © BeTa-Artworks
- Fotolia.com / Seite 13: © industrieblick - Fotolia.com /
Seite 14: © Jürgen Fälchle - Fotolia.com / Seite 20:
© william87 - Fotolia.com / Seite 22: © drubig-photo -
Fotolia.com / Seite 25: © verkoka - Fotolia.com /
Seite 26: © ViewApart - Fotolia.com / Seite 28:
© Tyler Olson - Fotolia.com / Seite 29: © Ingo Bartussek
- Fotolia.com / Seite 30: © Cassala - Fotolia.com /
Seite 32: © ikonoklast_hh - Fotolia.com
Seite 35: © Silke Koch - Fotolia.com / Seite 37:
© anweber - Fotolia.com / Seite 39: © Mikkel Bigandt -
Fotolia.com / Seite 42: © elaborah - Fotolia.com /
Seite 45: © SPD-Landesverband Hessen

MIT UNTERSTÜTZUNG DER SGK HESSEN





**KOMPAKT-
FASSUNG**

HINWEIS:

**DAS VORLIEGENDE HEFT ENTHÄLT DIE KOMPAKTFASSUNG
DER KOMMUNALPOLITISCHEN LEITLINIEN DER SPD IN HESSEN.**

AUSFÜHRLICHE LEITLINIEN ZU ALLEN KOMMUNALPOLITISCHEN
THEMENGEBIETEN (BESCHLUSS DES SPD-LANDESVORSTANDES
VOM 7.2.2015 IN FRIEDEWALD) SIND ONLINE ABRUFBAR UNTER

SPD-HESSSEN.DE/LEITLINIEN

KONTAKT

SPD Landesverband Hessen
Rheinstraße 22 / 65185 Wiesbaden
Telefon: (0611) 99977-0 / Telefax: (0611) 99977-11
E-Mail: landesverband.hessen@spd.de
www.spd-hessen.de

HESSSEN
SPD